

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Helga Haftendorn

Der gütige Hegemon und die unsichere
Mittelmacht: deutsch-amerikanische
Beziehungen im Wandel

Hans Schauer

Europa und Amerika – Rivalen oder Partner?

Tilman Mayer

Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz

B 29–30/99

16. Juli 1999

Helga Haftendorn, Dr. phil., geb. 1933; Lehrstuhlinhaberin für Politische Wissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Theorie, Empirie und Geschichte der auswärtigen und internationalen Politik an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982, 2. Aufl., Baden-Baden 1986; Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994; zahlreiche Beiträge zu den transatlantischen Beziehungen in Fachzeitschriften.

Hans Schauer, Dr. jur., geb. 1926; Botschafter a. D.

Veröffentlichungen u. a.: Europa der Vernunft, München 1993; Europäische Identität und demokratische Tradition, München 1996.

Tilman Mayer, M. A., Dr. phil. habil., geb. 1953; Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Würzburg.

Veröffentlichungen u. a.: Nationale und supranationale Identität, in: Europäische Rundschau, (1993) 1; (Hrsg. zus. mit B. Estel) Das Prinzip Nation in modernen Gesellschaften. Länderdiagnosen und theoretische Perspektiven, Wiesbaden 1994; Nationalstaat, in: Staatsbürgerlexikon, hrsg. von Gerlinde Sommer/Raban Graf von Westphalen, München 1999.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Der gütige Hegemon und die unsichere Mittelmacht: deutsch-amerikanische Beziehungen im Wandel

I. Die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Strukturen

1999 – Jahr der Gedenktage: 50 Jahre Ende der Berliner Blockade, 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland, 50 Jahre Atlantisches Bündnis. Wer denkt noch daran, daß seit Inkrafttreten des Besatzungsstatuts am 21. September 1949 ebenfalls 50 Jahre vergangen sind, seitdem die Bundesrepublik Deutschland vertragliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika unterhält? In dem vorliegenden Beitrag wird die These vertreten, daß sich die Art der deutsch-amerikanischen Beziehungen aus den Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen zwischen beiden Staaten ergibt. Ebenso wie sich diese seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewandelt haben, veränderte sich auch der Charakter der Beziehungen. Ein großer Einschnitt war zweifellos das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsche Vereinigung. Daraus ergibt sich die Frage nach der gegenwärtigen Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Sie bestimmt die Art der Prozesse, mit denen Lösungen für aktuelle multilaterale und bilaterale Probleme gesucht werden, weniger die Art der Probleme selbst. Die Schlußfolgerung liegt nahe, daß die Problemlösung gegenwärtig gelegentlich Schwierigkeiten bereitet, weil beide Staaten noch nicht zu einer einvernehmlichen Beziehungsstruktur gefunden haben. Diese reicht – mit allen daraus entstehenden Problemen – vom Anspruch auf eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen einer „gütigen Führungsmacht“¹ und einer „unsicheren Mittelmacht“ bis zum Abhängigkeits- und Respektverhältnis zwischen einer „hegemonialen

Weltmacht“ und einem „Vasallen und Tributpflichtigen“².

Im Besatzungsstatut wurden die Beziehungen zwischen den drei westlichen Siegermächten und dem westdeutschen Staat für die Zeit geregelt, während der dieser – sozusagen auf Bewährung – unter ihrer Vormundschaft stand. An die Stelle der bisherigen Militärregierungen trat eine Alliierte Hohe Kommission, welche die Beziehungen zwischen Siegern und Besiegtem bestimmte. Wie bereits die Übergabezeremonie andeutete, waren dies keine gleichberechtigten Beziehungen. Konrad Adenauer, eine Woche zuvor zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt, war zusammen mit den Mitgliedern seines Kabinetts zur Verkündung des Besatzungsstatuts auf den Petersberg bei Bonn gebeten worden. Während die Alliierten Hohen Kommissare auf dem roten Teppich standen, der ihren hervorgehobenen Status markierte, sollten die deutschen Regierungsvertreter in gebührendem Abstand davor verharren. Als das Dokument dem Bundeskanzler verkündet werden sollte, trat Adenauer einen Schritt vor und befand sich nun ebenfalls auf dem roten Teppich. Dieser Schritt symbolisierte den Anspruch auf zumindest protokollarische Gleichberechtigung. In der Folge – bis zur Wende 1989/90 – suchten alle deutschen Regierungschefs, den Handlungsspielraum der Bundesrepublik gegenüber den USA Schritt für Schritt zu erweitern, ohne allerdings immer bereit zu sein, die damit verbundenen Lasten zu übernehmen.

Unter den Bedingungen des Kalten Krieges wandelte sich das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik zu einem solchen zwischen Schutzmacht und Schützling. Nunmehr saß Bonn weitgehend gleichberechtigt am Verhandlungstisch. Die Ablösung des Besatzungsregimes und die Aufnahme in das Atlantische Bündnis sollten der Bundesrepublik Schutz vor einer mili-

1 Zum Begriff der Führungsmacht vgl. Charles Kindleberger, *The World in Depression 1929–1939*, London 1976; zur Differenzierung zwischen verschiedenen Arten von Führungsmacht vgl. Duncan Snidal, *The limits of hegemonic stability theory*, in: *International Organization*, 39 (Herbst 1985) 4, S. 579–614. Snidal unterscheidet zwischen einem „benevolent leadership model“ und einem „coercive leadership model“, ebd., S. 585–590.

2 Vgl. Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht*, zit. in: Jürgen Jeske, *Im Schatten der Weltmacht*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 26. 5. 1999, S. 1.

tärisch überlegenen und politisch aggressiven Sowjetunion bieten. Nur die enge Anlehnung an die USA versprach ein glaubwürdiges Maß an Sicherheit. Die anderen europäischen Staaten – Frankreich, Großbritannien – waren zu schwach, um ihr einen vergleichbaren Schutz zu bieten. Die engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wurden damit zur „Staatsraison“³ des westdeutschen Teilstaates.

Die wirtschaftliche Gesundung der Bundesrepublik und der Fortschritt der europäischen Integration reduzierten allmählich das Maß der Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen 1971 und das Scheitern des amerikanischen Versuches, 1982 das deutsch-sowjetische Erdgas-Röhrengeschäft zu Fall zu bringen, waren wichtige Wegmarken zu einem größeren Handlungsspielraum in den wirtschaftspolitischen Beziehungen. Auch das politische Gewicht der Bundesrepublik wuchs, vor allem, nachdem es ihr gelungen war, mit der Ostpolitik der sozialliberalen Koalition einen *modus vivendi* mit der Sowjetunion und den mittel- und osteuropäischen Staaten zu erzielen, der ihre politische Verwundbarkeit reduzierte. Bei dem Gipfel von Guadeloupe, als es um die Konzipierung des NATO-Doppelbeschlusses ging, saß Bundeskanzler Helmut Schmidt gleichberechtigt mit seinem amerikanischen, britischen und französischen Kollegen am Konferenztisch. Die Bundesrepublik war zum Juniorpartner der Supermacht USA geworden. Zu einer Mitführungsrolle – „Partner in Leadership“⁴ –, wie sie Präsident Bush bei seinem Deutschlandbesuch im Frühjahr 1989 anbot, war sie allerdings zu diesem Zeitpunkt angesichts ihrer militärischen und deutschlandpolitischen Abhängigkeiten noch nicht in der Lage.

Die USA übten ihre Führungsrolle in der Regel jedoch so aus, daß die überlebenswichtigen Interessen des Partners berücksichtigt wurden. Als Gegenleistung für die militärische Schutzzusage erwartete Washington von seinem Partner Lasten-

teilung ebenso wie Anpassung an die eigenen Vorgaben. Der Versuch der Bundesrepublik, ihre Entspannungspolitik aus der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen Anfang der achtziger Jahre herauszuhalten, wie auch ihr Fernbleiben vom Golfkrieg zehn Jahre später trugen ihr in Amerika viel Kritik ein. Diese war um so lauter, als Washington zu Recht darauf verweisen konnte, daß im Kalten Krieg die Sicherheit der Bundesrepublik gewährleistet und nach seinem Ende die deutsche Vereinigung sehr wesentlich mit Hilfe der USA erreicht worden war. Der Prozeß der deutschen Vereinigung machte erneut die Abhängigkeit Deutschlands von den Interessen und Zielen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges deutlich. Er zeigte aber auch, daß sich die Bundesrepublik auf den Beistand und die Unterstützung Washingtons verlassen konnte. Als „gütiger Hegemon“ verfolgten die USA in diesem Prozeß kein eigenes Interesse – es sei denn das der Befriedung und Stabilisierung des europäischen Kontinents –, sondern unterstützten nach Kräften die deutsche Vereinigung.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und der Wiedervereinigung Deutschlands änderten sich die Rahmenbedingungen der deutschen Außenpolitik und damit auch das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Die Bundesrepublik hatte ihre Abhängigkeit in der Deutschlandpolitik überwunden und die Ablösung der Alliierten Vorbehaltsrechte erreicht. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts fehlt eine akute militärische Bedrohung, die sie in der Vergangenheit dazu zwang, Schutz unter dem Schirm der von den USA angebotenen nuklearen Abschreckung zu suchen. Auch innenpolitisch wurden die Voraussetzungen für eine aktive Außenpolitik geschaffen, welche die Benutzung militärischer Instrumente einschließt. Der Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der SFOR-Mission in Bosnien und die Mitwirkung am Kampfeinsatz gegen Serbien zeigen dies. Gleichzeitig erreichte der Prozeß der europäischen Unionsbildung mit der Verabschiedung der Verträge von Maastricht und Amsterdam eine neue Qualität. Damit erwächst den USA auf dem europäischen Kontinent allmählich ein politischer Partner, möglicherweise jedoch auch ein Konkurrent, auf den Gebieten der Handels- und Währungspolitik.

Diese tiefgreifenden Änderungen in den weltpolitischen Strukturen wirken sich auch auf die transatlantischen Beziehungen aus. Wie definieren die USA und Deutschland ihre gegenwärtigen Beziehungen, welche Trends zeichnen sich für die künftige Entwicklung ab? „Definition“ ist in diesem Zusammenhang nicht als ein formaler Akt zu ver-

3 Hans-Peter Schwarz hat die Westbindung der Bundesrepublik – in Anlehnung an Waldemar Besson – als ihre „Staatsraison“ bezeichnet. Auch wenn er primär auf die Westeuropapolitik abzielt, erforderte diese – worauf Schwarz auch hinweist – enge Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Politik der Westbindung oder die Staatsraison der Bundesrepublik, in: Zeitschrift für Politik, 22 (1975) 4, S. 307–337. Vgl. ferner Waldemar Besson, Prinzipienfragen der westdeutschen Außenpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, 9 (1968) 1, S. 28–44.

4 Vgl. Bush Declares Berlin Wall „Must Come Down“, Rede von Präsident Bush am 31. Mai 1989 in der Rheingoldhalle in Mainz, in: United States Information Service, U.S. Policy Information and Texts, Nr. 70 vom 1. 6. 1989, S. 1–7.

stehen, sondern vielmehr als eine langsam entstehende, von Eliten und Öffentlichkeit geteilte Einschätzung, für die in der Folge eine prägnante und zustimmungsfähige Formulierung geprägt wird. Sie muß Aussagen über die Rolle Amerikas in Europa ebenso wie über die Deutschlands in den transatlantischen Beziehungen enthalten. Wie könnte die Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen gegenwärtig auf den Begriff gebracht werden? Können diese Beziehungen wirklich schon als eine „reife Partnerschaft“ konzeptionalisiert werden, um einen Lieblingsbegriff deutscher Atlantiker zu benutzen? Sie verstehen darunter eine enge Kooperation zwischen Deutschland und den USA, die zwar nicht problemfrei ist, bei der aber beide Staaten die Interessen des jeweils anderen Partners respektieren. Wie die neueste Umfrage des Chicago Council on Foreign Relations zeigt, ist das Interesse amerikanischer Eliten an Europa weiterhin groß, aber dieses wird weder als ernst zu nehmender Partner noch als gefährlicher Konkurrent wahrgenommen. Die in der Vergangenheit warmen, freundschaftlichen Gefühle in der amerikanischen Öffentlichkeit haben sich so weit abgekühlt, daß sie auf einer Stufe mit denjenigen für Brasilien rangieren, hinter den positiven Empfindungen für andere europäische Staaten wie Großbritannien und Italien⁵. Auf deutscher Seite sitzt seit dem Regierungswechsel im Oktober 1998 eine Generation an den Schalthebeln der Macht, die ihre politische Sozialisation in den Protestdemonstrationen gegen Amerika und seinen Krieg in Vietnam empfangen hat. Welche Bedeutung mißt diese neue Elite den Beziehungen mit Amerika bei, welche Gefühle hegt sie gegenüber den Vereinigten Staaten?

Das Verhältnis ist nüchterner geworden. In der Ära Kohl dominierten auf deutscher Seite die Bande der Tradition und der Dankbarkeit gegenüber den USA für ihre Hilfe und Unterstützung, nicht zuletzt beim Prozeß der deutschen Vereinigung. Sie wurden ergänzt durch die freundschaftlichen Gefühle, die Helmut Kohl und George Bush füreinander empfanden. Nach dem Amtsantritt der Clinton-Administration traten an ihre Stelle ein freundlicher Respekt für den „pflegeleichteren“ Partner jenseits des Atlantiks; die bilateralen Beziehungen waren problemlos. Der Generationswechsel in Deutschland – mehr als der Wechsel von einer christdemokratisch-liberalen zu einer rot-grünen Koalition – führt dazu, daß das Abhängigkeits- und Respektverhältnis zwischen der

„gütigen Hegemonialmacht“ und dem „selbstbewußten Vasall“ durch den Anspruch auf gleichberechtigte Partnerschaft ersetzt wird. Die Deutschen erwarten von den USA die Berücksichtigung deutscher wie europäischer Interessen, vor allem aber rechtzeitige Konsultationen – nicht nur Informationen! –, ehe sie wichtige Entscheidungen treffen. Von dem Verbündeten erwarten die Amerikaner vor allem die Übernahme weltpolitischer Verantwortung und entsprechender finanzieller Lasten. Die Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Mazedonien und Albanien sowie nun in den Kosovo dient daher auch dem Zweck, den deutschen Anspruch auf gleichberechtigte Mitsprache physisch zu untermauern. Entgegen steht ihr jedoch weiterhin die asymmetrische Beziehungsstruktur.

II. Problemlösung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen

Die Struktur der Beziehungen bestimmt die Art der Prozesse, mit denen Lösungen für aktuelle multilaterale und bilaterale Probleme gesucht werden. In keiner Periode der deutsch-amerikanischen Beziehungen waren diese spannungs- oder problemfrei. Besonders belastend waren die Konflikte in der Deutschland- und der Sicherheitspolitik, d. h. in denjenigen Politikbereichen, in denen das Abhängigkeitsverhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten besonders ausgeprägt war.

Beispiele für derartige Konflikte waren die Auseinandersetzungen über die angemessene Reaktion des Westens auf das Berlin-Ultimatum Chruschtschows. Während die Regierung Adenauers auf eine harte und unnachgiebige Haltung drängte, ihre Zustimmung zu einer militärischen Aktion aber zurückhielt, suchten die USA nach Verhandlungsofferten und schlugen z. B. die Errichtung einer internationalen Zugangsbehörde für den Berlin-Verkehr vor – Vorschläge, welche die Bundesregierung nicht verhindern, deren Verwirklichung sie jedoch durch vorzeitiges Bekanntwerden torpedieren konnte⁶. Andere Konflikte ergaben sich Anfang der sechziger Jahre durch die Absicht der USA, die militärische Strategie der NATO zu ändern. Durch eine stärkere Abstützung auf konventionelle Streitkräfte sollte der Ein-

5 Vgl. John E. Rielly, *Americans and the World: A Survey at the Century's End*, in: *Foreign Policy*, 114 (Frühjahr 1999), S. 97–114.

6 Zur Berlin-Krise vgl. Helga Haftendorn, *Sicherheit und Entspannung. Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1955–1982*, Baden-Baden 1986², S. 123–141.

satz von Kernwaffen hinausgezögert und damit das Risiko der Vernichtung der USA verringert werden. Dies schien angesichts der Tatsache geboten, daß die Sowjetunion auf dem Gebiet der weitreichenden Waffensysteme mit dem Westen gleichgezogen hatte. In der Bundesrepublik wuchs jedoch die Sorge, daß die nukleare Abschreckung dadurch an Glaubwürdigkeit verlieren und Deutschland im Konfliktfall zum konventionellen Kriegsschauplatz werden könnte. Sie gab daher erst ihre Zustimmung zum Strategiewandel, nachdem das Bündnis die Bedeutung taktischer Nuklearwaffen als Bindeglied zwischen konventionellen und nuklearen Waffensystemen (Triade) bestätigt hatte⁷. Ein weiterer Konflikt ergab sich aus der Absicht der USA, der Proliferation von Kernwaffen durch den Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages Einhalt zu bieten. Auf deutscher Seite mischten sich sicherheitspolitische Befürchtungen mit solchen wirtschaftlicher und politischer Natur, da dieser Vertrag ebenfalls der DDR zum Beitritt offenstehen sollte. Auch in diesem Fall konnte die Bundesregierung das Zustandekommen des NV-Vertrages nicht verhindern, sondern nur den deutschen Beitritt hinauszögern.

Während bei sicherheits- und deutschlandpolitischen Konflikten die USA stets am längeren Hebel saßen und die Bundesrepublik ihre Initiativen nicht verhindern, höchstens modifizieren konnte, gestalteten sich die wirtschaftlichen Beziehungen zunehmend ausgeglichener. Während Washington 1962 noch die Erfüllung des Erdgas-Röhren-Geschäftes mit der Sowjetunion blockieren konnte, war dies bei einer ähnlichen Vereinbarung 1982 nicht mehr der Fall⁸. In der Wirtschafts- und Währungspolitik war die Bundesrepublik, gestützt auf ihre Wirtschaftsmacht und auf die enge Kooperation mit den europäischen Partnern, zu einem gleichberechtigten Mitspieler geworden. In vielen Fällen konnte sie ihr wirtschaftliches Potential im Tausch gegen Zugeständnisse auf anderen Gebieten einsetzen, z. B. als sie den USA eine Stützung des Dollars zusagte und damit drastische Reduzierungen der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland vermeiden konnte⁹.

Die Asymmetrie zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten führte dazu, daß

beide Staaten verschiedene Instrumente benutzen, um die jeweils andere Seite zum Einlenken und zur Berücksichtigung der eigenen Interessen zu veranlassen. Die Weltmacht USA konnte einseitig vorgehen und in der Regel darauf vertrauen, daß sich der schwächere Partner – wenn auch nicht ohne Murren sowie mit zeitlichem Verzug – anpaßte. Dieser mußte die Mittel seinen Möglichkeiten und dem ihm zur Verfügung stehenden Handlungsspielraum anpassen. Die Waffe des Schwachen war zunächst das ‚Presseseck‘ – eine Kunst, die Konrad Adenauer der Sieger- und Schutzmacht gegenüber perfekt beherrschte. Erst nachdem die Bundesrepublik als ernst zu nehmender Verhandlungspartner akzeptiert wurde, konnte sie durch das Einlegen eines Vetos die Modifizierung amerikanischer Pläne erreichen. Gestützt auf ihre gewachsene Wirtschaftsmacht hatte sie schließlich die Möglichkeit, mit einer Strategie des Junktims durch Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiet ähnliche in der Sicherheits- und Deutschlandpolitik zu erzielen – den Feldern, auf denen ihre Abhängigkeit am ausgeprägtesten war. Erst als sie den USA partnerschaftlich gegenüber treten konnte – oder aber die Unterstützung ihrer europäischen Partner hatte –, vermochte sie mit Aussicht auf Erfolg eigene Alternativvorschläge zu präsentieren.

Damit zeigt sich eine wichtige Methode deutscher Politik: die Strategie des Multilateralismus. Bereits frühzeitig begriff die politische Führung der Bundesrepublik, daß sie ihre Ziele im Verein mit anderen Staaten besser erreichen und auf diese Weise ihre Schwäche überspielen konnte. Für die Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis bot es sich an, den Widerstand Frankreichs durch die Kooperation mit den USA und Großbritannien zu überwinden; während der Berlin-Krise avancierte dagegen das Frankreich de Gaulles zum wichtigsten Partner, mit dem die Bundesrepublik den angelsächsischen Avancen an die Sowjetunion – oder was sie dafür hielt – Paroli zu bieten suchte. Das Bemühen um enge Verbündete wurde in der Folge nicht nur als Notwendigkeit, sondern auch als Chance begriffen. Politische Initiativen wurden ebenso wie Gegenentwürfe zunächst mit einigen Partnern abgestimmt, ehe sie in einen größeren Kreis eingebracht oder gar öffentlich gemacht wurden. Der politische Multilateralismus wurde zum präferierten Politikstil. Das Ergebnis war ein erheblicher Bedeutungszuwachs für internationale Institutionen wie EG/EU, NATO und KSZE/OSZE. Sie beziehen nicht nur die Bundesrepublik in institutionalisierte Konsultationsgremien ein, sondern auch ihre Partner, insbesondere die USA.

7 Vgl. Helga Haftendorn, Kernwaffen und die Glaubwürdigkeit der Allianz: Die NATO-Krise von 1966/67, Baden-Baden 1994, S. 57–66.

8 Vgl. Claudia Wörmann, Osthandel als Problem der Atlantischen Allianz. Erfahrungen aus dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Bonn 1986 (Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Nr. 38).

9 Vgl. H. Haftendorn (Anm. 7), S. 252–263.

Der multilaterale Politikstil der Mittelmacht Deutschland trifft auf amerikanischer Seite auf einen Politikstil, der häufig – bei allen Bekenntnissen der Weltmacht USA zum Multilateralismus¹⁰ – zum unilateralen Vorgehen tendiert und dies aus wohlverstandener Eigeninteresse auch weiterhin tun wird¹¹. Die wiederholten Bekenntnisse der Clinton-Administration zu internationalen Organisationen¹² werden konterkariert von der Weigerung der USA, Konventionen wie denjenigen zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes oder zum Verbot von Landminen beizutreten. Im Krieg gegen Serbien betonte die amerikanische Administration immer wieder die gemeinsame Verantwortung des NATO-Bündnisses; die militärischen Entscheidungen – so z. B. über den (Nicht-) Einsatz von Bodentruppen oder die Zielplanung für die Luftangriffe – wurden jedoch in Washington getroffen. Die Asymmetrie im Politikstil wird damit zu einem jeweils aktuellen Politikproblem.

III. Aktuelle Probleme der deutsch-amerikanischen Beziehungen

Unsichere Struktur und Asymmetrie der Politikstile haben Auswirkungen auf die Lösung der aktuellen Probleme. Hinzu kommen unterschiedliche Perzeptionen des jeweils anderen Partners, seiner Interessen und Befindlichkeiten. Obwohl die politische Kultur beider Staaten immer ähnlicher wird¹³, gehen sie mit ihren sozialen Problemen sehr verschieden um. Beispiele dafür sind die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Regelung der Altersvorsorge oder die Sanierung des Gesundheitssystems. Die Nähe führt darüber hinaus zur Enttäuschung, wenn der scheinbar dem

Deutschen so ähnliche Amerikaner ganz anders reagiert: mit nachhaltigem Interesse für das Sexualleben seines Präsidenten oder der Verteufelung des irakischen Herrschers Saddam Hussein. Dagegen wird den Deutschen in Amerika vielfach vorgeworfen, daß sie zu reaktiv seien. Es wird die Frage gestellt, wann sie endlich die Bürden der Vergangenheit abschütteln und bereit wären, eigene Initiativen zu entwickeln. Dabei wird freilich vorausgesetzt, daß diese sich in dem von der amerikanischen Politik gesteckten Rahmen bewegen. Tun sie es nicht – wie es bei dem deutschen Vorpreschen in der Anerkennung Sloweniens und Kroatiens 1991 der Fall war –, wird Deutschland nationale Überheblichkeit vorgeworfen. Der Grat zwischen Eigeninitiative und Anpassung ist daher schmal. Zum Glück gibt es in den transatlantischen Beziehungen jedoch gegenwärtig wenig spektakuläre Sachprobleme, so daß eine politische Entfremdung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wenig wahrscheinlich ist.

Unterschiedliche Akzentsetzungen gibt es vor allem hinsichtlich der Gestaltung der Beziehungen zu Rußland. Während Washington diese seinen strategischen Überlegungen unterordnet, wird die deutsche Politik zum einen durch die geographische Nähe Rußlands und zum anderen durch die in den vergangenen 25 Jahren entstandenen kooperativen Beziehungen geprägt. Schließlich war die deutsche Vereinigung nur mit der Zustimmung Moskaus und nicht gegen die Sowjetunion möglich. Daher hat sich die Bundesregierung im Kosovo-Konflikt darum bemüht, sowohl bei der militärischen Aktion gegen Serbien als auch bei den Bemühungen um eine politische Lösung Rußland mit ins Boot zu holen. Um eine solche zu erreichen, tendierten deutsche Politiker – mit Blick auf ihre eigene Öffentlichkeit ebenso wie aus Sorge vor einer langfristigen Belastung der deutsch-russischen Beziehungen – zu weitergehenden Kompromissen als die amerikanische Administration.

Eine bisher ungelöste Frage in den bilateralen deutsch-amerikanischen Beziehungen ist die Entschädigung ausländischer Zwangsarbeiter des Zweiten Weltkrieges durch diejenigen Unternehmen wie die Deutsche Bank, das Volkswagenwerk oder die IG Farben, die damals von ihrer Arbeitskraft profitiert haben. Gegenwärtig wird die Errichtung eines Entschädigungsfonds diskutiert, in den die deutsche Wirtschaft freiwillig Beiträge einzahlt und gegen den die Entschädigungsberechtigten Ansprüche geltend machen können. Die deutschen Unternehmen wollen jedoch Garantien dafür erhalten, daß sie dann von weite-

10 Vgl. J. E. Rielly (Anm. 5), S. 102 ff.

11 Vgl. Robert Kagan, *The Benevolent Empire*, in: *Foreign Policy*, 111 (Sommer 1998), S. 24–48. Kagan argumentiert jedoch, daß es den Europäern mit ihrem Multilateralismus nicht ernst sei. Wenn es dies wäre, würden sie mehr für ihre Verteidigung ausgeben und ein größeres Maß an internationaler Verantwortung übernehmen.

12 Vgl. die Inaugural Address von Präsident William J. Clinton, in: *United States Information Service, U.S. Policy Information and Texts*, Nr. 8 vom 21. 1. 1993, S. 15–19.

13 Dies ist eine These des neuen Koordinators der Bundesregierung für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Karsten Voigt, u. a. in einem Vortrag vor dem gemeinsam von der Freien Universität Berlin und dem ASPEN-Institut veranstalteten Transatlantic Seminar am 25. Mai 1999. Im Unterschied dazu sprach sein Vorgänger, Werner Weidenfeld, vom „Kulturbruch mit Amerika“. Vgl. ders., *Kulturbruch mit Amerika? Das Ende transatlantischer Selbstverständlichkeit*, Gütersloh 1996.

ren Einzelklagen verschont bleiben¹⁴. Zu Verstimmungen in beiden Ländern führt regelmäßig auch der von einflußreichen Persönlichkeiten in den USA geäußerte Vorwurf, die deutschen Behörden diskriminierten die „Anhänger der Scientology-Sekte, wenn sie ihr den Status und die Privilegien einer Religionsgemeinschaft verweigerten. Ein weiterer strittiger Punkt ist die Rückgabe derjenigen Akten des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) der untergegangenen DDR, welche der amerikanische Geheimdienst in den Wirren der Wende in die USA geschafft hat. Möglicherweise bieten sich andere, in deutschem Besitz befindliche Stasi-bestände – z. B. kürzlich entdeckte Tonbänder – als Gegenleistung an. Es müßte auch möglich sein, den amerikanischen Befürchtungen Rechnung zu tragen, daß durch die Zugänglichkeit der Stasiunterlagen die Sicherheitsinteressen der USA tangiert werden könnten. Ein eher lokales Problem stellt die Forderung des amerikanischen Außenministeriums dar, die geplante Botschaft der USA am Brandenburger Tor in Berlin solle durch einen Sicherheitsstreifen vom öffentlichen Verkehr getrennt werden. Die Verhandlungen sind derzeit festgefahren. Die amerikanische Seite fordert nicht nur die Verlegung von zwei Seitenstraßen, sondern auch Eingriffe in die Gestaltung des Pariser Platzes. Wenn die Stadt dazu nicht bereit sei, erweise sich Berlin als „nicht hauptstadtfähig“¹⁵. Der Berliner Senat muß jedoch seinerseits auf die öffentliche Meinung in der Stadt Rücksicht nehmen – zumal in einem Wahljahr. Neue Betonabsperren am Brandenburger Tor dürften – zehn Jahre nach dem Fall der Mauer an eben dieser Stelle – einen Proteststurm auslösen, der die Kontroverse über das geplante Holocaust-Mahnmal am selben Ort noch in den Schatten stellen würde.

Die bilateralen Probleme werden jedoch nicht an die große Glocke gehängt. Während Kompromisse gesucht und in geduldigen Verhandlungen meist auch gefunden werden, sind eine Reihe multilateraler Probleme, die außer Deutschland auch seine Partner betreffen, wesentlich schwieriger zu lösen. Dies gilt vor allem für eine Reihe von Handelskonflikten, bei denen die USA den Mitgliedern der Europäischen Union unfaire Praktiken vorwerfen. Besondere Aufmerksamkeit hat der

„Bananenkrieg“¹⁶ erregt, bei dem Washington den EU-Mitgliedern vorwirft, durch ihre Bevorzugung der Bananenimporte aus den AKP-Staaten¹⁷ amerikanische Unternehmen und die Importe von Bananen aus dem Dollarraum zu benachteiligen. Im Gegenzug haben die USA eine Reihe europäischer Importe in die USA mit Strafzöllen belegt. Die in diesem Streit angerufene Welthandelsorganisation hat im April 1999 die EU zu einer stärkeren Öffnung ihres Marktes aufgefordert und die amerikanischen Strafzölle in einem gewissen Umfang für Rechtens erklärt. Ein weiterer Konflikt ist durch die Weigerung der EU entstanden, hormonbehandeltes Fleisch oder genmanipulierte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die nicht besonders gekennzeichnet sind, in den Gemeinschaftsraum hineinzulassen. Der Konflikt entzündet sich hier am bisher nicht von den Europäern in zufriedenstellender Weise erbrachten Nachweis, daß derartige Produkte geeignet seien, Gesundheitsschäden zu verursachen. Einen weiteren Streitfall mit bisher ungewissem Ausgang stellt der amerikanische Vorwurf dar, die Europäer schotteten ihren Stahlmarkt vor Importen aus Asien ab. Diese wichen daraufhin auf den amerikanischen Markt aus und ließen das Defizit in der Handelsbilanz der USA unangemessen anwachsen.

Dagegen irritiert die Europäer die Praxis des US-Kongresses, politische Ziele mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu verfolgen. Die Auseinandersetzungen über die amerikanische Sanktionspolitik im Falle Kubas dauern mittlerweile fast 20 Jahre an. Auch der Irak und der Iran gehören zum Kreis derjenigen Länder, deren ausländische Handelspartner Washington mit Sanktionen bedroht. Die Deutschen ärgert vor allem, daß der Kongreß mit diesen Akten eine nachträgliche und über das Hoheitsgebiet der USA hinausreichende Gesetzgebungskompetenz beansprucht – und sich damit ungerechtfertigt in die Handelsbeziehungen dritter Länder einmischt. Während die EU seit langem eine Aufhebung der Sanktionen fordert, haben sich die USA bisher darauf beschränkt, sie durch administrative Maßnahmen zu entschärfen.

Verschiedene Beobachter sagen neue Spannungen in den transatlantischen Beziehungen voraus, wenn die Europäische Union auf dem mit den

14 Vgl. Bodo Hombach, Fortschritte im Entschädigungsstreit, in: FAZ vom 8. 5. 1999, S. 13; Lösung bis zum 1. September angestrebt, in: ebd. vom 14. 5. 1999, S. 5.

15 Vgl. Berlin: Der umstrittene Neubau der amerikanischen Botschaft: Im weiten Bogen um die Amerikaner herum, in: Der Tagesspiegel vom 15. 5. 1999, S. 14; ferner Aussage eines Angehörigen der US-Botschaft gegenüber der Verfasserin am 22. 5. 1999 in Berlin.

16 Vgl. Transatlantischer Bananenstreit eskaliert, EU beantragt Verfahren wegen angedrohter Sanktionen, in: Der Tagesspiegel vom 26. 11. 1998; Die EU muß ihre Bananenordnung abermals ändern, in: FAZ vom 8. 4. 1999, S. 1.

17 Als AKP-Staaten werden die ehemaligen Kolonien europäischer Staaten in Afrika, der Karibik und in der pazifischen Region bezeichnet, denen die EU im Lomé-Abkommen, zuletzt 1990, Sonderkonditionen zugesagt hat.

Verträgen von Maastricht und Amsterdam vorgezeichneten Weg voranschreitet. Die USA würden das Entstehen eines großen Wirtschaftsblockes auf dem europäischen Kontinent, der zu einem Konkurrenten für ihre Volkswirtschaft werden könnte, zu verhindern suchen¹⁸. Bisher verlief dieser Prozeß jedoch weitgehend einvernehmlich. Die USA unterstützen mit Nachdruck die Vertiefung und Erweiterung der EU. Dies schließt die Entscheidung zur Einführung einer gemeinsamen Währung ein. Sie sehen darin eine logische Fortführung ihrer Politik der Stabilisierung Europas, die 1947 mit der Verkündung des Marshallplans begann¹⁹. Von einem gefestigten, jedoch nach außen offenen europäischen Binnenmarkt versprechen sie sich Wachstumsimpulse und ein attraktives Investitionsklima. Sie machen aber ihre Unterstützung davon abhängig, daß keine nach außen abgeschlossene „Festung Europa“ entsteht, sondern daß der europäische Markt in den Weltmarkt integriert bleibt und mit diesem in einem engen Austausch steht. Gleichzeitig setzen sie auf die stabilisierende Funktion des Integrationsprozesses und dessen Beitrag zur Konsolidierung internationaler Institutionen. Sie wünschen sich ein auch politisch erstarktes Europa, das ein verlässlicher Partner der USA für die Verwirklichung gemeinsamer Ziele ist.

Zu Mißstimmungen hat jedoch der Luxemburger Beschluß des Europäischen Rates vom Dezember 1997 geführt, die Türkei explizit aus dem Kreis derjenigen Staaten auszuschließen, mit denen Beitrittsverhandlungen geführt werden sollen. Die USA würden eine EU-Mitgliedschaft der Türkei aus einer Reihe von Gründen sehr gerne sehen. Nach ihrer Auffassung könnte dadurch ein wichtiger Verbündeter an der Südflanke der Allianz – der zudem enge Beziehungen zu Israel, einem anderen engen Verbündeten der USA, unterhält – politisch und wirtschaftlich stabilisiert werden. Gleichzeitig erwartet Washington, daß durch eine engere Verbindung der Türkei mit den europäischen Staaten auch der islamische Fundamentalismus zurückgedrängt werden könne. Die USA sind ebenfalls an einer raschen Aufnahme der baltischen Staaten in die Union interessiert, in deren EU-Mitgliedschaft sie eine Alternative zum

NATO-Beitritt sehen, gegen den Rußland heftig opponiert.

Die Europäer – hier vor allem die Franzosen – werfen den Amerikanern dagegen vor, sie seien nicht zu einer echten Teilung von Verantwortung bereit. Die Debatte über Rolle und Funktion der NATO zeige, daß sie verlässliche Verbündete für ihre globalen strategischen Ziele suchten, sich jedoch schwertäten mit Partnern, die zwar zur Kooperation bereit seien, jedoch auch eigenständige Ziele verfolgten. Vor allem die französische Regierung verweist in diesem Zusammenhang auf die zögerliche Bereitschaft der USA, die Entwicklung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität sowie die Herausbildung eines europäischen Anteils innerhalb der NATO zu unterstützen. In Erinnerung bleibt auch der nachhaltige Streit über die Abstimmung und Zuordnung der im Rahmen des Atlantischen Bündnisses geplanten „Combined Joint Task Forces“ (CJTF), die dann zum Einsatz kommen sollen, wenn das Bündnis nicht als Ganzes involviert ist. Hier hat sich Washington ein Vetorecht vorbehalten, da dem Einsatz von CJTF alle Bündnismitglieder zustimmen müssen. Noch ungeklärt ist die Frage der Besetzung des Postens des NATO-Oberbefehlshabers Süd, den sowohl die USA als auch Frankreich für sich beanspruchen. Während die USA argumentieren, daß diesem Kommando auch die 7. (US-)Flotte im Mittelmeer unterstehe, verlangt Paris diesen Posten für einen Europäer, da die USA bereits den Oberbefehlshaber Europa (SACEUR) stellten.

Das Hauptproblem in den europäisch-amerikanischen Beziehungen stellt jedoch der Komplex gegenseitiger enttäuschter Erwartungen dar. Die Amerikaner werfen den Europäern vor, daß diese zwar ein höheres Maß an Mitsprache in der internationalen Politik verlangten, ihren Anspruch jedoch nicht durch entsprechende Leistungen einlösten. Sie verweisen in diesem Zusammenhang auf deren klägliches Versagen in der Bosnien-Krise. Sie werfen ihnen vor, daß sie ohne eine kraftvolle amerikanische Führung auch im Hinblick auf den Kosovo nicht zur Intervention gegen Serbien bereit gewesen wären. Dem vielzitierten „Mann auf der Straße“ will es nur schwer einleuchten, warum die USA – und damit der amerikanische Steuerzahler – im Jahr etwa vier bis fünf Mrd. US-Dollar für den Einsatz amerikanischer Streitkräfte auf dem Balkan zahlen sollen, während die „reichen Europäer“ für diesen Einsatz einen wesentlich geringeren Betrag aufbrächten. Die Schlußfolgerung liegt dann nicht fern, daß die NATO für die USA ihren Nutzen verloren habe

18 Vgl. Owen Harries, *America and the Euro Gamble*, in: *The National Interest*, (Herbst 1998) 53, S. 125–128.

19 Vgl. Strobe Talbott, *Unsere gemeinsamen Aufgaben. Warum Amerika die Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union unterstützt*, in: *FAZ* vom 26. 5. 1997, S. 10; ferner ders., *Das neue Europa und die Nato. Herausforderungen der euro-atlantischen Zusammenarbeit*, in: ebd. vom 5. 2. 1999, S. 11.

und nur noch eine Bürde – oder, wie Stephen Walt argumentiert, eine leere Hülle²⁰ – darstelle. Diese Gefahr werden gerade die Deutschen zu berücksichtigen haben.

Von Vertretern der Administration wird allerdings betont, daß auch künftig das Wohlergehen der Vereinigten Staaten „ebenso wie im 20. Jahrhundert in hohem Maße davon ab(hängt), was in Europa geschieht. Mit anderen Worten, die euroatlantische Gemeinschaft ist unteilbar, und die Sicherheitsverbindungen über den Atlantik hinweg sind untrennbar.“²¹ Insofern besteht auf beiden Seiten des Atlantiks ein Konsens darüber, daß das Atlantische Bündnis weder als Institution zur kollektiven Verteidigung nach Art. 5 des Washingtoner Vertrages von 1949 noch als Instrument zur gegenseitigen Konsultation und zum gemeinsamen Krisenmanagement nach Art. 4 verzichtbar ist²². Dies gilt auch für die nach 1990 geschaffenen Institutionen wie die „Partnerschaft für den Frieden“, den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und den NATO-Rußland-Rat, die zur Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die transatlantische Sicherheitsstruktur dienen. Eine weitere Rolle kommt hinzu: Als „European Pacifier“²³, wie es Josef Joffe genannt hat, bieten die Vereinigten Staaten darüber hinaus Schutz vor den Sorgen und Verdächtigungen der europäischen Nachbarn, das wiedervereinigte Deutschland könnte das europäische Kräftegleichgewicht stören.

In Anerkennung ihrer gemeinsamen Ziele und Interessen haben die Europäische Union und die Vereinigten Staaten im Dezember 1995 eine „Neue Transatlantische Agenda“ vereinbart²⁴. Sie enthält zum einen ein Bekenntnis zur Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte und Ziele und zum anderen einen breiten Katalog gemeinsamer Herausforderungen und Antworten auf den Gebieten Frieden und Stabilität, globale

gesellschaftliche Herausforderungen, Welthandel und – unter dem Titel „Brückenschlag über den Atlantik“ – der Festigung der transatlantischen Zusammenarbeit. Bisher hat diese Agenda allerdings erst eine geringe Wirkung entfaltet. Zumein handelt es sich bei den aufgelisteten Problemen um Fragen, die – wie die NATO-Reform und die Bewältigung der Krise auf dem Balkan – bereits zum Standardrepertoire europäisch-amerikanischer Abstimmungsprozesse gehören, zum anderen hat die bloße Auflistung gemeinsamer Aktionsfelder nicht dazu beigetragen, die bestehenden Interessenunterschiede zu überwinden.

Auch die Effektivität des bereits 1990 mit der Transatlantischen Erklärung geschaffenen Instrumentariums zur gegenseitigen Konsultation²⁵ läßt zu wünschen übrig. Die Bedeutung der zweimal jährlich stattfindenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU und der USA hängt von den zur Regelung anstehenden Fragen ab²⁶; viele der vorgesehenen Arbeitsgruppen sind bisher nicht zustande gekommen. Bedauerlich ist, daß das vielleicht wirksamste Instrument gegenseitiger Abstimmung, die Treffen zwischen den Außenministern der EU-Ratspräsidentschaft und der USA, in hohem Maße von dem Interesse und den Terminplänen der beteiligten Politiker abhängig sind. So fand nach der Übernahme der Präsidentschaft durch Deutschland am 1. Januar 1999 das angesichts der offenen Handelsprobleme dringend erforderliche Treffen zwischen Außenminister Josef Fischer und seiner Amtskollegin Madeleine Albright aufgrund von Terminproblemen der amerikanischen Seite erst im Mai 1999 – im Schatten des Kosovo-Konflikts und am Ende der deutschen Präsidentschaft – statt.

Eine Lösung dieser Abstimmungsprobleme sollte jedoch nicht in der Errichtung weiterer Institutionen – die Errichtung eines Transatlantischen Gemeinsamen Marktes oder neue Konsultationsgremien nach dem Muster der Europäischen Politischen Zusammenarbeit – gesehen werden, wie sie der langjährige Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, Werner Weidenfeld, vorgeschlagen hat²⁷. Ein transatlantischer gemeinsamer Markt würde, um effektiv zu sein, schwierige Abstimmungsprobleme mit dem nordamerikanischen Freihandelsabkommen (NAFTA) und der Amerikanisch-Pazifischen Wirtschaftsgemein-

20 Vgl. Stephen M. Walt, *The Ties That Fray: Why Europe and America are Drifting Apart*, in: *The National Interest* (Winter 1998/99) 54, S. 3–11.

21 S. Talbott, *Das neue Europa* ... (Anm. 19).

22 Vgl. Communiqué der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Atlantischen Allianz auf ihrem Gipfeltreffen am 24. April 1999 in Washington anlässlich des 50. Jahrestages der NATO, in: *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung*, Nr. 24 vom 3. 5. 1999, S. 233–240.

23 Josef Joffe, *Europe's American Pacifier*, in: *Foreign Policy*, (Frühjahr 1994) 54, S. 64–82.

24 Vgl. *Neue Transatlantische Agenda*, unterzeichnet beim Gipfeltreffen der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten am 3. 12. 1995 in Madrid (gekürzt), in: *Internationale Politik*, 51 (1996) 5, S. 111–132. Für eine Bewertung vgl. John Van Oudenaren, *Die Neue Transatlantische Agenda*, in: ebd., S. 49–52.

25 Vgl. *Gemeinsame Erklärung zu den Beziehungen zwischen der EG und den Vereinigten Staaten vom 23. 11. 1990*, in: *Europa-Archiv*, 46 (1991) 1, S. D 18–21.

26 Vgl. Carola Kaps, *Kein gutes Gesamtklima. Transatlantischer Gipfel in Washington*, in: *FAZ vom 18. 12. 1998*.

27 Vgl. W. Weidenfeld (Anm. 13), S. 115 ff.

schaft (APEC) aufwerfen, zumal die USA ihre Wirtschaftsinteressen nicht regional, sondern global definieren. An transatlantischen oder anderen multilateralen Koordinierungsgremien mangelt es nicht; nur wird von ihnen nicht der richtige Gebrauch gemacht. Dieser Mangel läßt sich allein dadurch beheben, daß – trotz des Fortbestands der strukturellen Asymmetrien – auf beiden Seiten des Atlantiks das Bewußtsein dafür gestärkt wird, daß Europa und Amerika aufeinander angewiesen sind.

IV. Ausblick

Die gemeinsame militärische Aktion gegen Serbien stellte nicht nur die NATO, sondern auch die transatlantischen Beziehungen vor eine Bewährungsprobe. Das Vorgehen gegen das autoritäre und verbrecherische Regime von Präsident Milošević erfolgte auf der Grundlage gleicher Werte und politischer Überzeugungen, und es wurde wesentlich dadurch erleichtert, daß die Alliierten mit der NATO über ein geeignetes institutionelles Instrumentarium verfügten, mit dem die Aktion koordiniert und ausgeführt werden konnte. Es wurde weiterhin dadurch erleichtert, daß die Struktur der Beziehungen und die Rollenverteilung weitgehend geklärt sind. Die Intervention kam maßgeblich auf Initiative der Vereinigten Staaten zustande, der sich die Europäer anschlossen. Die Führungsfähigkeit und Führungsrolle der USA wird ergänzt durch die Bereitschaft der Europäer – eingeschlossen die Franzosen –, sich dieser freiwillig anzuschließen und unterzuordnen²⁸. Mit der durch Vermittlung Rußlands

zustande gekommenen Friedensregelung für den Kosovo ist der NATO eine Zerreißprobe erspart geblieben. Mit einer solchen wäre sie konfrontiert worden, wenn der Einsatz von Bodentruppen zur Niederschlagung des Milošević-Regimes erforderlich gewesen wäre und die USA einen solchen befürwortet, die meisten Europäer diesen aber mit Entschiedenheit abgelehnt hätten. Aber auch die Durchsetzung einer Friedensregelung im ehemaligen Jugoslawien ist weiterhin voll von Herausforderungen.

Was besagt dies für die Zukunft? Um deutsch-amerikanische Konflikte in Zukunft zu vermeiden, zumindest aber zu verringern, sollten sich beide Seiten über die Asymmetrie der Strukturen sowie der Politikstile und darüber hinaus ihrer jeweiligen Verantwortung bewußt sein. Nicht nur in der Balkan-Politik der USA spiegeln sich das Selbstverständnis und die Ansprüche einer Weltmacht – eines „gütigen Hegemons“ – wider, welche die Parameter des Handelns für die anderen Akteure setzt. Den Europäern bleibt zweierlei: Entweder sie bescheiden sich mit Schritten pragmatischer Anpassung, oder sie beschleunigen die Entwicklung der EU zu einer handlungsfähigen Politischen Union. Nur eine solche kann von gleich zu gleich mit den Vereinigten Staaten verhandeln. Eine wirksame Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) setzt die Überwindung nationaler Interessen und Eigensüchteleien voraus. Der Weg dahin ist aber noch weit. Sollte jedoch eine solche engere Union zustande kommen, dann wären ihre verantwortlichen Politiker gut beraten, wenn sie in ihren Entscheidungen die Interessen Amerikas mitbedenken würden. Aber auch die Einflußmöglichkeiten des „gütigen Hegemons“ USA setzen letztlich voraus, daß diese ihre Macht zurückhaltend ausüben und die Interessen der Partner berücksichtigen.

28 Vgl. Robert von Rimscha, Die Amerikaner müssen führen, in: Der Tagesspiegel vom 11. 4. 1999, S. 1.

Europa und Amerika – Rivalen oder Partner?

I. Vorbemerkung

Die Beziehungen zwischen Europa und Amerika sind in letzter Zeit häufig Gegenstand der Diskussion, sehr viel mehr in Europa als in den USA. Der Grund ist nicht nur das Ende des Ost-West-Konflikts, der beide Kontinente in besonderer Weise einte, sondern unter anderem auch der sich schon seit längerem vollziehende Wechsel der Generationen, der das Verhältnis gelockert hat. Der amerikanische Einsatz im Krieg gegen Deutschland, die großzügige Wiederaufbauhilfe Washingtons für Europa oder die Berliner Luftbrücke sind für die heutigen Entscheidungsträger mehrheitlich keine erlebte Gegenwart mehr, so daß die Europäer ihren Ärger über die gelegentlich recht hemdsärmelige Politik der Großmacht ohne Rücksichten auf historische Erfahrungen ausleben. Besonders in Krisenzeiten tritt, keineswegs nur in Frankreich, sondern gerade auch in Deutschland, in Leitartikeln und Kommentaren ein erstaunlicher Antiamerikanismus zutage. Gern gibt man sich bei solchen Gelegenheiten – oft moralisch oder auch kulturell untermauert – Überlegenheitsgefühlen hin, in denen versteckt zum Ausdruck kommt, daß der Großmacht Amerika ihre Führungsposition mißgönnt wird¹.

Beispiele für diese Haltung sind zahlreich. Ein besonders markantes war der Krieg in Bosnien. Solange die USA nicht eingriffen, wurde häufig von zunehmendem „Isolationismus“ oder von „latenter Zurückhaltung“ gesprochen. Kaum aber hatten sich die Amerikaner Anfang August 1995 zu einem vollen Engagement entschlossen und Mitte August Botschafter Holbrooke beauftragt, die streitenden Parteien an einen Tisch zu bringen, wurde sehr bald die tatsächlich vorhandene amerikanische Dominanz beklagt, obwohl allen Beteiligten klar war, daß kein anderes Land – auch keine Gruppe von Ländern – die Kriegsparteien so unter Druck hätte setzen und den Waffenstillstand und

das Abkommen von Dayton hätte erzwingen können. Carl Bildt, der frühere Hohe Repräsentant für den Wiederaufbau in Bosnien, der auch zu den Klagenden gehörte, hat gleichzeitig mit dem nötigen Maß an Selbsterkenntnis deutlich gemacht, daß Ärger über die Amerikaner die falsche Reaktion sei, da die Vereinigten Staaten schließlich nicht für die Fehler Europas, d.h. für dessen fehlende gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, verantwortlich seien².

Derartig abgewogene europäische Stimmen sind eher selten. Zwar werden die verbindenden Elemente der politischen und rechtlichen Grundüberzeugungen Europas und der USA bei den gegenseitigen Besuchen der Politiker stets betont, die Abgrenzungsbemühungen der Europäischen Union (EU), insbesondere Frankreichs, lassen die Bindekraft dieser Grundüberzeugungen oft aber recht unverbindlich erscheinen. So richtig es ist, daß die EU bestrebt ist, besonders im handelspolitischen Bereich kein nachrangiger Partner der USA zu sein und auch einen stärkeren verteidigungspolitischen Zusammenhalt der europäischen Staaten zu erlangen, so eigenartig nimmt es sich doch aus, wenn auf dieser Seite des Atlantiks gelegentlich eine geistige Distanz von Amerika, oder genauer, eine Äquidistanz zu den Vereinigten Staaten wie zu allen anderen Kontinenten spürbar wird. Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Wenn bei uns in Deutschland auf hoher politischer Ebene die Auffassung vertreten wird, daß in der zukünftigen Welt Machtblöcke bestehen werden, denen gegenüber sich die Europäer behaupten müßten, und bei der Aufzählung der Machtblöcke die Amerikaner in einem Atemzug mit Chinesen, Moslems, Hindus u.a. genannt werden³, dann drängt sich die Frage auf, ob insbesondere die Nordamerikaner in diesen Zusammenhang gehö-

2 Vgl. Carl Bildt, Bosnien – Lehrstück für Europa, in: Internationale Politik, 52 (1997) 7, S. 3 ff.

3 Vgl. Bundespräsident Roman Herzog in Aachen am 8. 5. 1997, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 15. 5. 1997: „In der Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen, wird es große, geistige und wirtschaftliche Machtblöcke geben, die zu uns in Konkurrenz stehen werden – fast anderthalb Milliarden Chinesen, eine Milliarde Moslems, eine Milliarde Hindus, Hunderte von Millionen Amerikaner, Russen, Schwarzafrikaner.“

1 Arnulf Baring vermerkt das kritisch in seinem neuen Buch: Es lebe die Republik, es lebe Deutschland!, Stuttgart 1999, S. 319.

ren, ob Geschichte und Wertvollstellungen zumindest einiger europäischer Länder nicht enger mit denen Amerikas verflochten sind als mit denen vieler anderer Regionen dieser Welt und ob das Verhältnis zu den USA nicht deshalb ein grundverschiedenes ist. Aus welchem Blickwinkel auch immer die transatlantischen Beziehungen betrachtet werden, das Bild, das sie auf dieser Seite des Atlantik bieten, bleibt, um es milde auszudrücken, diffus.

Es erscheint deshalb nützlich, das europäisch-amerikanische Verhältnis etwas näher zu betrachten und dabei besonders der Frage nachzugehen, inwieweit es im Bereich der Möglichkeiten Europas und in seinem wohlverstandenen Interesse liegt, in Gestalt der EU einen Widerpart oder Gegenpol zu den Vereinigten Staaten zu bilden. Angesichts der staatlichen und völkischen Vielfalt des heutigen Europas zunächst jedoch einige Worte zu dem, was durch gemeinsame Geschichte und kulturelle Entwicklung der „Westlichen Welt“, insbesondere dem Kern Europas, zuzurechnen ist und was nicht.

II. Was heißt Europa?

Europa läßt sich weder politisch noch geographisch eindeutig umschreiben. Politische Form hat es, so wie wir es heute begreifen, erstmals unter Karl dem Großen, also im Westen des Kontinents, gefunden – und auch dann nur für kurze Zeit. Die Teilungen des Karolingerreiches im 9. Jahrhundert in das westliche (das künftige Frankreich) und das östliche Frankenreich (das spätere Deutschland) bedeuteten einen tiefen Einschnitt. So stark sich auch das deutsche Kaisertum später unter den Sachsen, besonders zur Zeit Ottos des Großen, der Idee des Reiches Karls des Großen verbunden fühlen mochte, so beherrschte es doch auch in jener Zeit seiner größten Machtentfaltung weder Frankreich noch Skandinavien oder England. Und durch die endlosen, ergebnislosen Konflikte zwischen Papst und Kaiser geriet das Kaiserreich dann mehr und mehr an den Rand der politischen Entwicklung. Das Reich zerfiel. Während der Regentschaft des so viel bewunderten Staufenkaisers Friedrich II. wurde mit dem „Statut zugunsten der Fürsten“ aus der Monarchie 1232 endgültig eine Fürstenaristokratie. Die Entstehung der Nationalstaaten begann⁴, die noch heute – wenn

auch in anderer Form – Europas Fundament bilden.

Sucht man die Wurzeln der jetzigen europäischen Gemeinsamkeit, so lassen sich diese weniger im politischen als im kulturellen Bereich aufspüren. Das „Europa der Sechs“ war für seine „Väter“, Schuman, Adenauer und de Gasperi, der Beginn des Zusammenschlusses des christlichen, überwiegend katholischen Abendlandes – geographisch das Reich Karls des Großen. Und auch heute wird, trotz der schwindenden Akzeptanz der christlichen Kirchen in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung, bei der Beschreibung der Wertvorstellungen, die den Europäern gemeinsam sind, meist von den christlichen gesprochen. Wird in solche Aussagen die orthodoxe Ostkirche einbezogen, um z. B. Griechenland nicht auszugrenzen, so ist das im Kern richtig, gleichzeitig aber ungenau. Denn die christliche Glaubenseinheit ging, nachdem sich bereits um 330 n. Chr. west- und oströmisches Reich getrennt hatten, zwischen West- und Ostkirche 1054 vollends verloren, als sich die griechische Kirche endgültig vom Papsttum lossagte. Im übrigen war und ist das Christentum natürlich nicht das einzige kulturelle Band, das Europäer umschließt. Im Westen Europas fließen germanische und klassische, vor allem römische Kulturelemente mit dem Christentum zusammen. Das römische Recht ist vornehmlich in Deutschland, zum Teil aber ebenfalls in Frankreich rezipiert worden und wirkte auch auf das englische Recht ein⁵.

Wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß die Unterschiede zwischen dem westlichen Kulturkreis Europas und dem östlichen alt und in vielen Bereichen sehr fühlbar sind. Der Historiker Hagen Schulze setzt den Zeitpunkt der Teilung des Kontinents und die Entwicklung zweier unterschiedlicher Zivilisationskreise bereits mit der Trennung des West- vom Oströmischen Reich, also mit dem vierten nachchristlichen Jahrhundert an⁶. Die westliche Zivilisation war im Unterschied zum byzantinischen und russisch-orthodoxen Osten stark von einer frühen Trennung der weltlichen und geistlichen Gewalten geprägt. Außerdem war die vom Osten gesonderte Entwicklung des westlichen Kulturkreises ganz entscheidend durch Renaissance, Reformation, Aufklärung, Volkssouveränität und Demokratie gekennzeichnet. Ohne

das römische Recht, München – Berlin 1947, S. 2; Karl Hampe, Das Hochmittelalter, Berlin 1932, S. 427.

⁵ Vgl. P. Koschaker, ebd., S. 212.

⁶ Vgl. Hagen Schulze, Staat und Nation in der europäischen Geschichte, München 1994, S. 16 f. Vgl. zum Thema auch Samuel P. Huntington, The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order, London u. a. 1998, S. 158 ff., S. 162 f.

⁴ Vgl. Jacques Le Goff, Das alte Europa und die Welt der Moderne, München 1996, S. 13; Paul Koschaker, Europa und

Frage haben sich der westliche und der östliche Kultur- und Zivilisationskreis gelegentlich berührt und voneinander auch profitiert. Die russische Oberschicht erlebte die Aufklärung und trat damit in den westlichen Kulturkreis ein. Und zweifellos haben Rußland und die Türkei seit den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts wiederum eigene, politisch und kulturhistorisch untypische Wege beschritten; aber verschmolzen sind der westliche und der östliche Kultur- und Zivilisationskreis in ihrer fast zweitausendjährigen Geschichte nicht.

Mit der Betonung der unterschiedlichen Entwicklungen in West und Ost soll selbstverständlich nicht nach der Beseitigung des „Eisernen Vorhangs“, der Deutschland spaltete und das Zusammenleben der Völker unseres Kontinents über ein halbes Jahrhundert schwer belastete, der Errichtung neuer Trennwände das Wort geredet werden. Absichtlich ist hier der Versuch einer geographischen Eingrenzung Europas nicht unternommen worden. Das Gesagte sollte lediglich einer Annäherung an den Begriff Europa und weiterhin dazu dienen, deutlich zu machen, wo der Kern des Wertesystems, das uns mit Amerika verbindet, seine Ursprünge hat, nämlich im westlichen Kultur- und Zivilisationskreis. Selbstverständlich kann man auch, wie es oft geschieht, Teile der früheren Sowjetunion Europa zurechnen. Nur sollte man sich auch der Gefahren bewußt sein, die unterschiedliche historische Bewußtseinsbildungen und daraus resultierende politische Grundüberzeugungen hervorrufen können. Nicht ohne Grund hat der stellvertretende Generalsekretär des Europarats Leuprecht bei seinem Ausscheiden 1997 beklagt, daß in den letzten Jahren mittel- und osteuropäische Staaten aufgenommen worden seien, die den Anforderungen auf den Gebieten der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte nicht genügten, wodurch die Glaubwürdigkeit der Institution gelitten habe⁷.

III. Europa heute: Die Europäische Union

Heute bildet die Europäische Union (EU) in Gestalt eines „Staatenverbundes“⁸ neben den Nationalstaaten das aktuelle Gegenüber der USA

7 Späte Einsicht, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 2. 9. 1997.

8 So die Begriffsbestimmung des Bundesverfassungsgerichts in seinem Maastricht-Urteil vom 12. 10. 1993.

auf dieser Seite des Atlantik. Zur Zeit gehören ihr 15 nord-, süd- und mitteleuropäische Staaten an. Mit fünf osteuropäischen Staaten und Zypern werden Beitrittsverhandlungen geführt. Die Aufnahme von fünf weiteren osteuropäischen Staaten ist ins Auge gefaßt.

Daß die EU, besonders durch die fast vollendete Errichtung eines einheitlichen Binnenmarktes, der Wirtschaft ihrer Mitgliedstaaten wichtige Impulse verliehen hat, steht außer Frage. Heute ist der europäische Markt mit über 370 Mio. Verbrauchern und einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als elf Billionen DM der größte einheitliche Markt der industrialisierten Welt. Mit Beginn des Jahres 1999 ist mit der Einführung einer einheitlichen Währung, des Euro, ein weiterer kühner Integrationschritt unternommen worden, ein Schritt allerdings, den vorerst nur elf der 15 Mitgliedstaaten vollzogen haben. Daß er angesichts der sehr unterschiedlichen Volkswirtschaften und Sozialsysteme und eines fehlenden zentralen Finanzausgleichs auch Gefahren birgt, liegt auf der Hand.

Auch politisch ist seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft im Jahre 1957 Beachtliches erreicht worden. Von Anbeginn war es das erklärte Ziel, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluß der Völker Europas zu schaffen. Und obwohl manche Unmutsäußerungen besonders der Medien einiger Mitgliedsländer über die Zustände in anderen Ländern auf Differenzen hinweisen und auch die staatlichen Egoismen und Aversionen die Gemeinsamkeiten zuweilen deutlich überschatten, hat sich die Zusammenarbeit der Mitglieder insgesamt kontinuierlich erweitert und verdichtet.

Doch trotz dieser im ganzen positiven wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der EU hat sich eine wirkliche Nähe der Bürger zu der Gemeinschaft und ihren Institutionen nicht einstellen wollen. Die Gründe sind vielfältig. Vor allem ist das organisatorische Gefüge der EU sehr unübersichtlich und für den Bürger nur schwer begreifbar. Während die Vorstellungen der Gründungsväter in dieser Hinsicht noch einigermaßen nachvollziehbar waren, erhöhte sich die Komplexität des Apparats später zusehends. Schon Roy Jenkins, Kommissionspräsident von 1977 bis 1981, sagte hierzu: „Diese (hohe Komplexität) ergibt sich fast zwangsläufig aus dem ungelösten Interessenkonflikt der einzelnen Regierungen, die einerseits ein gut organisiertes Europa wünschen, andererseits so weit wie möglich an ihrer nationalen Souveränität festhalten wollen. Die Folge ist ein unstabiles Gleichgewicht, illustriert durch ein Parlament ohne

eigene Gesetzgebungskompetenz, einen Minister- rat (d. h. eine Ansammlung von Exekutiven), der in Wahrheit als Legislative fungiert, eine Kommission, die wenig mit einer Regierung gemein hat ...“⁹ Heute ist wahrscheinlich das dem Bürger fremdeste Organ die Kommission, deren Mitglieder ohne eine demokratische Legitimation, gelegentlich auch ohne Qualifikation, von den Regierungen bestellt bzw. abgestellt werden, zum Teil aber weitgehende exekutive Zuständigkeiten besitzen und gehalten sind, ihre Befugnisse unabhängig auszuüben. Die Kontrolle ihrer Tätigkeit durch das Europäische Parlament (EP) ist völlig unzureichend, wie sich wieder einmal erwies, als im Januar 1999 ein Mißtrauensantrag gegen die Kommission keine Mehrheit fand. Aus Anlaß der Aufdeckung der aufsehenerregenden Unregelmäßigkeiten in einzelnen Ämtern der Kommission, die zu dem Mißtrauensantrag geführt hatte, schilderte der ganz sicher nicht als europakritisch bekannte Korrespondent Peter Hort das Wirken der Kommission wie folgt: „Im Mittelpunkt dieses Systems steht eine Institution, deren verschlungene Pfade niemand genau kennt. Zwanzig Kommissare herrschen manchmal wie Duodezfürsten mit ihrem Hofstaat, ohne daß die Öffentlichkeit viel Notiz davon nehmen kann ... Es ist unübersehbar, daß die Kommissare und die vierundzwanzig Generaldirektionen mitsamt ihren Außenstellen ein kaum kontrollierbares Eigenleben führen.“¹⁰

Aber die mangelnde Bürgernähe der EU resultiert nicht nur aus der Komplexität und Undurchschaubarkeit ihrer Institutionen, es gibt noch eine Reihe anderer Gründe. Der wichtigste, und nur dieser soll hier noch kurz erörtert werden, ist die unzureichende Legitimierung der Rechtssetzungsvorgänge in der Union. Was vor allem fehlt, ist eine effektive Kontrolle der Entscheidungen der Regierungsvertreter in den Ministerräten der Union durch die nationalen Parlamente. Zu meinen, das EP könne durch vermehrte Mitbestimmungsrechte diese Kontrolle wirksam ausüben, ist ein Irrglaube. Die EU ist kein Staat und funktioniert nicht nach den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie. Ihr politisches Machtzentrum ist der Rat, das Organ der Regierungen. Und ihn, den Rat, kann das EP weder wählen noch absetzen. Dazu würde dem Parlament auch jede demokratische Legitimation fehlen, und zwar deshalb, weil es kein europäisches Volk gibt, keinen einheitlichen, historisch gewachsenen Demos, der als Ganzes

durch das EP repräsentiert werden, einen gemeinsamen Willen äußern und dem sich die jeweiligen nationalen Bürger verbunden und verpflichtet fühlen könnten¹¹. Die Identifikation des europäischen Bürgers mit Europa äußert sich, wenn überhaupt, in einer Art Interrail-Befindlichkeit. Ein Credo, eine verbindende, gemeinsame Überzeugung oder gar einen Patriotismus wie in Amerika gibt es in Europa nicht! Es ist wichtig, dies festzuhalten.

Die ernste Sorge, die außerdem auf nationaler Ebene bleibt, solange der jetzige Zustand währt, ist die um die Aushöhlung der Demokratie in Europa, die nun einmal bisher, von regionalen Gremien abgesehen, nur im nationalstaatlichen Rahmen ihre lebendige Ausdrucksform gefunden hat¹². Mehr und mehr Zuständigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet werden den durch den Wähler legitimierten Parlamenten entzogen und den bürgerfernen Brüsseler Entscheidungsmechanismen überantwortet. Unsere Kanzlerdemokratie, ohnehin parlamentarisch nur schlecht kontrolliert, könnte, wenn wir nicht aufpassen, zunehmend zu einer von der Regierung beherrschten Exekutivdemokratie verkommen, auf die die Abgeordneten so gut wie gar keinen und die Wähler nur alle vier Jahre Einfluß nehmen können. Es ist sehr bedauerlich, wie wenig Beachtung gerade in Deutschland, im Gegensatz zu London und Paris, diesem Problem geschenkt wird.

Nach dieser kurzen Skizze der internen Verhältnisse der EU noch einige Worte zu ihrer politischen Handlungsfähigkeit nach außen. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingeführt. Besonders in Deutschland versprach man sich von den vertraglichen Regelungen einen neuen Aufbruch. Die Wirklichkeit, d. h. die schwach entwickelte Einigkeit der Staaten in wichtigen außenpolitischen Fragen, ist aber die geblieben. Sie war und ist ernüchternd, oft entmutigend. Einige bezeichnende Fälle seien erwähnt. Der schwerwiegendste und folgenreichste war die fehlende Bereitschaft der europäischen Staaten, in der Jugoslawienkrise 1992 geschlossen zu handeln und das gemeinsame politische Vorgehen notfalls mit einem militärischen Einsatz zu unterstützen. Ein anderer kaum zu erklärender Fall war die innenpolitische Krise in Albanien 1997. Nachdem die NATO entschieden hatte, sich in die dortige Krise

9 Roy Jenkins, Vorwort in: Dick Leonard, Das EG-Handbuch, Frankfurt am Main 1989, S. XI.

10 Peter Hort, Teures Eigenleben, in: FAZ vom 18. 11. 1998.

11 Vgl. hierzu Bundesverfassungsrichter Paul Kirchhof im Gespräch mit dem Rheinischen Merkur vom 7. 5. 1999.

12 Vgl. den Vortrag des französischen Innenministers Jean-Pierre Chevènement: In den Nationen liegt die Zukunft Europas, in: Fazit Nation, Frankfurt am Main 1998, S. 19 ff.

nicht einzumischen, konnten sich auch die Europäer nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen. Deutschland und Großbritannien lehnten eine Teilnahme ab, obwohl es sich nur um eine begrenzte militärische Aktion handelte, bei der die Westeuropäische Union (WEU) einmal ihre Einsatzfähigkeit hätte beweisen können. Es kam dann nur zu einer Ad-hoc-Aktion unter italienischer Führung, der „Operation Alba“, die Italien allein erfolgreich meisterte¹³. Das umstrittene Unternehmen „Wüstenfuchs“ der USA gegen den Irak im Dezember 1998 zeigte erneut den mangelnden außenpolitischen Zusammenhalt der EU. Großbritannien nahm teil. Frankreich bedauerte den Einsatz. Spanien bezeichnete das Vorgehen ausdrücklich als gerechtfertigt. Deutschland nahm eine die USA und Großbritannien unterstützende Haltung ein.

Was hingegen im Gegensatz zum außenpolitischen Gewicht der EU im Ausland wirklich ernst genommen wird, ist ihre Wirtschaftskraft. Das gilt z. B. auch für den Nahen Osten. Der israelische Botschafter in Deutschland hat erst kürzlich wieder die israelische Position deutlich gemacht, nach der allein die USA der geeignete politische Vermittler im Friedensprozeß im Nahen Osten seien. Er wies dabei ganz kühl auf die großen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Union über die zu verfolgende Politik im Nahen Osten hin. Die Bedeutung Europas als Wirtschaftsmacht hingegen und als Helfer bei der Entwicklung der Region wurde auch bei ihm hoch veranschlagt¹⁴. Doch genügt das? Läßt es nicht aufhorchen, wenn ein Europäer wie Ralf Dahrendorf sagt: „Wenn es ernst wird, gibt es Europa in internationalen Fragen nicht.“¹⁵

IV. Die Individualität Amerikas

Demgegenüber steht auf der anderen Seite des Atlantik die eigenständig gewachsene, von einem starken Gefühl der Zusammengehörigkeit ge-

13 Vgl. Wim F. von Eckelen, Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Discussion Paper C 21, Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI), Bonn 1998, S. 11 f.

14 Vgl. Avi Primor, Europa, Israel und der Nahe Osten, Düsseldorf 1999; ders., Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union, Discussion Paper C 25, ZEI, Bonn 1998, S. 13 ff.

15 Ralf Dahrendorf im „Interview der Woche“ im Deutschlandfunk vom 27. 12. 1998.

prägte, auch international entschlossen handelnde amerikanische Nation, über deren Eigenart Alexis de Tocqueville schon 1840 schrieb: „Die Amerikaner haben eine demokratische Gesellschaftsordnung, die ihnen auf natürliche Weise bestimmte Gesetze und bestimmte politische Sitten eingab. Diese Gesellschaftsordnung ließ außerdem in ihnen eine Unmenge von Empfindungen und Anschauungen entstehen, die in den alten aristokratischen Staaten Europas unbekannt waren. Sie zerstörte oder veränderte alte Beziehungen und schuf neue.“¹⁶

Das, was der schwedische Sozialwissenschaftler Gunnar Myrdal als den „American Creed“ bezeichnete¹⁷, das amerikanische Credo mit seinen Idealen von Freiheit, Chancengleichheit, antietatistischem Individualismus, Demokratie und Patriotismus, das war eine uramerikanische Schöpfung, hervorgegangen aus der relativ liberalen englischen politischen Tradition und dem dortigen Rechtssystem, vor allem aber aus der „frontier“-Haltung, die sich von Anbeginn aus dem auferlegten Überlebenskampf und der fortschreitenden Bezwingung des Kontinents entwickelte. Sie zeichnete sich durch große individuelle Selbständigkeit, jedoch auch durch Hilfsbereitschaft und ein Einstehen füreinander aus. Aber nicht nur die äußeren Lebensbedingungen bewirkten diese unverwechselbare Geisteshaltung. Mitbestimmend war auch die Tatsache, daß keinerlei feudalistische Strukturen vorhanden waren, die die Entwicklung dieser sich so stark von Europa unterscheidenden Einstellung behinderten.

Außerdem übte die Religion einen ganz anderen Einfluß auf die Entfaltung und Festigung der amerikanischen Gesellschaft aus als auf die europäischen Gesellschaften im vergleichbaren Zeitraum. In Amerika war es eine Art gegenseitiger Ergänzung. Einerseits der amerikanische Glaube an die Demokratie mit ihrer Gleichheit der Chancen für alle, andererseits die Überzeugung, daß die Religion, insbesondere die puritanisch-protestantische, eine friedens- und demokratiestiftende Wirkung ausübe. Besonders im Calvinismus hat der Gedanke des alttestamentarischen Bundes zwischen Gott und den Menschen (Moses, Noah) als Grundlage oder Vorbild der auf dem Gesellschafts-

16 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985, S. 217.

17 Vgl. Gunnar Myrdal, An American Dilemma, New York 1944. Vgl. dazu auch Georg Kamphausen, Ideengeschichtliche Ursprünge und Einflüsse, in: Willi Paul Adams u. a. (Hrsg.), Länderbericht USA, Bd. I, Bonn 1992, S. 259 ff.; Hans Vorländer, Liberale Tradition und politische Kultur, ebd., S. 303 ff.

vertrag beruhenden politischen Gemeinschaft eine Rolle gespielt: die christliche Gemeinde als Bestandteil der „civil society“, die Politisches und Unpolitisches umfaßt. Der Beginn der Nation und der Ursprung des amerikanischen Selbstbewußtseins sind nicht zu trennen von der Überzeugung, die sich in zahlreichen Zeugnissen von Predigern des 17. Jahrhunderts findet, daß es die von Gott gewollte Aufgabe Amerikas sei, die Welt religiös zu bekehren. Es bestand im übrigen von Anfang an Übereinstimmung darüber, daß die von allen gewollte Freiheit zu ihrer Regulierung auch der Einschränkung durch die Prinzipien der Religion bedürfe, die Religion aber ihrerseits auch die Freiheit, den Wettbewerb und den Erwerb von Reichtum akzeptieren müsse. Die für uns oft nur schwer verständliche Moralisierung der Politik, wie wir sie im Verlauf der Lewinsky-Affäre, insbesondere in der Amtsenthebungsdebatte im Repräsentantenhaus am 19. Dezember 1998, erlebten, war ein Beispiel für dieses Miteinander von Religion – oder auch schlichter Moralisierung – und Politik.

Diese überkommenen Grundsätze der Religion und der Philosophie haben sich über die Jahrhunderte wenig geändert. Es ist bemerkenswert, daß auf die staatsrechtlichen Gründungsmythen auch heute noch bei vielen Gelegenheiten mühelos zurückgegriffen wird. Sich auf die Unabhängigkeitserklärung, die Verfassung oder die Gründungsväter zu berufen geschieht ganz selbstverständlich. Fast jeder setzt beim anderen zumindest ihre Akzeptanz, wenn auch nicht immer ein korrektes Verständnis ihrer Bedeutung voraus. Wie Studien aus den achtziger Jahren zeigen, ist das, was wir als amerikanisches Credo bezeichnet haben, nahezu ungebrochen von Generation zu Generation weitergegeben worden und auch in Zeiten vermehrter rassistischer und ethnischer Spannungen mehr oder weniger unverändert geblieben. Das gilt auch für die für viele Europäer nicht leicht zu akzeptierende Wettbewerbsgesellschaft, in der der einzelne – auch im Krankheitsfall – nicht selten weitgehend auf sich selbst gestellt ist und die in einem bemerkenswerten Gegensatz zu den in Europa weit verbreiteten Wohlfahrts- und Anspruchsgesellschaften steht. Wie alle, die Amerika kennen, wissen, vermittelt das Alltagsleben in den Vereinigten Staaten allerdings nicht immer ein den beschriebenen Grundsätzen und Überzeugungen entsprechendes Bild, d. h. den Eindruck einer prinzipiell liberal-religiösen Lebens- und Gesellschaftsform. Manche der Abweichungen haben historische Wurzeln. Im Vergleich mit einer Reihe europäischer Staaten, besonders Deutschland, genießen ‚Law and Order‘ in den USA z. B. von alters her eine geringere Priorität als die individuellen Freiheits-

rechte. Diese durch die Verfassung garantierten Freiheitsrechte sind es auch, die einen Konsens über eine weiter gehende Waffenkontrollgesetzgebung erschweren und deren Fehlen zu einem Teil, aber nur zu einem Teil, die hohe Zahl von Gewaltverbrechen erklärt. Andererseits hält die Mehrheit der Amerikaner aber auch hohe Strafen, selbst die Todesstrafe bei einem Angriff auf das hohe Rechtsgut des Lebens, als Sühne für durchaus gerechtfertigt. Europäische und amerikanische Rechtsauffassungen sind nun einmal trotz grundsätzlicher Übereinstimmungen nicht deckungsgleich.

Zum besseren Verständnis der amerikanischen Überzeugungen sei an einen wichtigen Unterschied zur Entwicklung in Europa erinnert. In Europa mußte das Individuum Ende des 18. und im 19. Jahrhundert einer mehr oder weniger festgefügt staatlichen Macht Freiräume für sich und seine politische Mitwirkung abringen. In Amerika war der Prozeß fast genau umgekehrt. Dort mußte die Regierungsmacht dem einzelnen Befugnisse oft regelrecht entreißen, gegen deren Ausübung durch den Staat er sich bis heute, selbst im Bereich der sozialen Fürsorge, gelegentlich wehrt. Amerikaner wollen möglichst allein handeln. Das Zusammenspiel zwischen Individuum und Obrigkeit funktioniert auf andere Weise als in den meisten europäischen Ländern. In den USA wird obrigkeitliches Handeln im Grunde fast stets mit Mißtrauen betrachtet, es sei denn, die Regierung weckt die starken patriotischen Gefühle der Bevölkerung und appelliert an ihren Gemeinschaftssinn.

Samuel Huntington hat vor einigen Jahren¹⁸ einerseits auf den breiten Konsens hingewiesen, der im Hinblick auf die grundlegenden Werte und Überzeugungen, den „American Creed“, besteht und ihre Substanz als liberal, individualistisch, demokratisch, egalitär und antietatistisch beschrieben. Andererseits unterstrich er aber die wechselnde Intensität, mit der die Amerikaner diese Maßstäbe als wichtig und richtungweisend empfinden. Nicht der Streit um die Inhalte der politischen Überzeugungen sei für das Selbstverständnis der Amerikaner von entscheidender Bedeutung, sondern die Spannung zwischen dem Ideal und der Realität. Denn das amerikanische Denken sei zwar voll von Widersprüchen, aber es gäbe kein anderes Land, so Huntington, das in einem so hohen Maße mit seinen Ursprüngen identisch sei. Eine Beobachtung, die in ähnlichen, wenn auch allgemeineren Worten schon Tocqueville machte: „Zwei Dinge in den

18 Vgl. Samuel Huntington, *American Politics: The Promise of Disharmony*, Cambridge – London 1981.

Vereinigten Staaten“, so schrieb er, „erregen Stauen: die große Beweglichkeit menschlichen Tuns und die eigentümliche Festigkeit gewisser Grundsätze.“¹⁹

V. Die Schwerpunkte der transatlantischen Beziehungen

Bei der Betrachtung des gegenwärtigen europäisch-amerikanischen Verhältnisses scheinen gelegentlich die Gegensätzlichkeiten die Übereinstimmungen zu überwiegen. Einer solchen Sicht mangelt es jedoch an historischer Perspektive. Die Beziehungen USA – Europa waren nachweisbar noch nie so eng und umfassend, die Berührungspunkte, besonders auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, noch nie so zahlreich wie in den letzten fünf Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg. Daß im Rahmen dieser ausgedehnten Wechselbeziehungen auch Divergenzen und Schwierigkeiten spürbarer zutage treten als früher, sollte nicht verwundern; gleichzeitig sind aber gerade in den letzten Jahren die gemeinsamen Überzeugungen von der zentralen Bedeutung der Menschenrechte, insbesondere der unabdingbaren Freiheit des einzelnen und dem unverzichtbaren Erfordernis einer rechtsstaatlichen Demokratie, den Staaten der westlichen Welt als verbindendes Element wieder stärker bewußt geworden. Bosnien und Kosovo sind Beispiele dafür. Vergessen wir nicht: Diese Grundsätze haben ihren Ursprung in der europäisch bestimmten westlichen Welt – nicht in Asien, nicht in Afrika und nicht im Mittleren oder Nahen Osten. Daß der Grundrechtskatalog der französischen Verfassung von 1789 große Ähnlichkeit mit dem der Verfassung von Virginia von 1776 aufweist, ist kein Zufall und einer der vielen Beweise dafür, wie intensiv der verfassungspolitische Dialog zwischen Europa, insbesondere Frankreich, und Amerika im ausgehenden 18. Jahrhundert war und wie eng und tief verwurzelt die Verwandtschaft unserer politischen Systeme und Grundüberzeugungen ist.

I. Das politische Verhältnis Europa – Amerika

Die amerikanische Europapolitik besitzt einige Grundelemente, die sich seit dem Zweiten Weltkrieg wenig geändert haben. Im Rückblick auf das von ihm für 1973 ins Leben gerufene und wenig erfolgreich verlaufene Europäische Jahr („The

Year of Europe“) schrieb Henry Kissinger, prominente amerikanische Politiker beider Parteien hätten es seit Ende der fünfziger Jahre für selbstverständlich gehalten, daß ein geeintes Europa die globalen ökonomischen Lasten der Vereinigten Staaten mit übernehmen, der politischen Führung Amerikas aber weiter folgen werde²⁰. Schon damals sah Kissinger die europäisch-amerikanischen Beziehungen sehr viel differenzierter, wobei er allerdings bereits in jener Zeit auch mit Unbehagen die Gefahr witterte, ein geeintes Europa werde seine Identität in Opposition zu den Vereinigten Staaten suchen²¹. Daß eine solche Entwicklung auch heute den Interessen der USA zuwiderlaufen würde, ist offenkundig. Erst kürzlich stellte der stellvertretende amerikanische Außenminister Strobe Talbott fest, eine wirtschaftlich prosperierende EU werde von den USA ohne Vorbehalte begrüßt, auch ein militärisch starkes Europa, dieses aber nicht außerhalb des Bündnisses, nicht außerhalb der atlantischen Solidarität²².

Im Gegensatz zu dieser klaren Position Washingtons gegenüber Europa fehlt auf dem alten Kontinent eine einheitliche Haltung gegenüber den USA. In der EU und einigen ihrer Mitgliedstaaten wurden schon früh der Wunsch und das Bestreben deutlich, aus der Wirtschafts- und Handelsmacht eine politische Großmacht werden zu lassen. Sehr prononciert äußerte sich hierzu zum Beispiel Jacques Delors, EU-Kommissionspräsident von 1985–1994²³, der sogar darüber nachdachte, der EU die Verfügung über die französischen Nuklearstreitkräfte einzuräumen²⁴. Auch Jacques Chirac hat deutlich gemacht, wie wichtig es für ihn sei, den Gefahren eines durch die Großmacht USA verkörperten Unilateralismus entgegenzutreten und zu einem „Gleichgewicht der Interdependenzen“ beizutragen, in dem sich Europa und Amerika wechselseitig beschränken. Die Europäische Währungsunion wird von ihm als Mittel angesehen, „um effektiv gegen die amerikanische Hegemonie zu kämpfen“²⁵.

Großbritannien und Deutschland – die Staaten, denen neben Frankreich in der EU besonderes

20 Vgl. Henry Kissinger, *Years of Upheaval*, London 1982, S. 131.

21 Vgl. ebd., S. 139; ders., *Years of Renewal*, New York 1999, S. 602.

22 Vgl. Strobe Talbott, *Das neue Europa und die neue NATO*, in: FAZ vom 5. 2. 1999.

23 Vgl. Spiegel-Gespräch mit Jacques Delors, in: *Der Spiegel*, 41/1991.

24 Delors will Atomstreitmacht Frankreichs für EG, in: FAZ vom 6. 1. 1992.

25 Zit. in: Werner Link, *Gleichgewicht und Hegemonie*, in: FAZ vom 19. 9. 1997.

19 Zit. in: G. Kamphausen (Anm. 17), S. 264.

Gewicht zukommt – haben demgegenüber das Verhältnis zu Washington stets entspannter betrachtet, London vor allem aus einer realistischeren Einschätzung der Machtverhältnisse als Paris. Auch halten die Briten wohl ein aktives Engagement der Amerikaner in Europa zur Kontrolle Deutschlands für wirkungsvoller als unsere Einbindung in die EU. Daß die amerikanische Präsenz in Europa eine wichtige Kontroll- und Ausgleichsfunktion für das friedliche Zusammenleben aller europäischen Staaten – keineswegs nur im Hinblick auf Deutschland – besitzt, wird auch von deutschen Politikern, die sich mit dem europäisch-amerikanischen Verhältnis genauer beschäftigt haben, gesehen²⁶. Im übrigen ist die deutsche Außenpolitik aber immer wieder von Unsicherheiten durchzogen. Auch hier gibt es europäische Großmachtträume, selbst bei Politikern in herausgehobener Stellung²⁷. Insgesamt orientiert sich aber die Außen- und Europapolitik zunehmend an den Realitäten, eingeschränkt allerdings durch die seit langem propagierte und auch praktizierte Außenpolitik der „Selbstbeschränkung“, die letztlich darauf hinauslaufen muß, daß dieser in vieler Hinsicht wichtigste Mitgliedstaat der EU meint, sich seiner außen- und sicherheitspolitischen Verantwortung nicht immer in einem den Umständen angemessenen Ausmaß stellen zu dürfen. So wichtig es ist, das Gedächtnis an die Verbrechen der Hitler-Zeit wachzuhalten – sie sind und bleiben Teil unserer Geschichte –, so wenig vermag es zu überzeugen, „Nie-mehr-Auschwitz“ als das einzige Fundament unserer Republik zu verstehen²⁸. Das Fundament unserer Republik kann nur die freiheitliche demokratische Grundordnung sein. Sich zu ihr mit Selbstvertrauen und Bürgerbewußtsein und nicht mit Mißtrauen gegen uns selbst zu bekennen, das sollte die Basis und das Selbstverständnis unserer Republik sowie unsere Botschaft an unsere Freunde und Nachbarn sein. Der frühere Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium Robert Zoellick schrieb kürzlich: „Die Deutschen müssen darüber diskutieren, was sie tun sollten, und nicht nur darüber, was sie nicht tun können.“²⁹

26 So der Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit Karsten D. Voigt in einer Vortragsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. 3. 1999 in Bonn.

27 Vgl. z. B. Friedbert Pflüger, Vorsitzender des Europaausschusses im Deutschen Bundestag, Europa muß Weltmacht werden, in: Internationale Politik, 54 (1999) 1, S. 53 ff.; ders., Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt, in: Discussion Paper, C 36, ZEI, Bonn 1999.

28 So Außenminister Joschka Fischer in einem Gespräch mit Bernard-Henri Lévy, in: FAZ vom 18. 2. 1999.

29 Robert B. Zoellick, Abschied von der Selbstbeschränkung, in: Internationale Politik, 53 (1998) 12, S. 21 ff.

2. Die europäisch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen

Die wirtschaftliche Verflechtung der marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften diesseits und jenseits des Atlantik ist groß. Das Gesamtvolumen des transatlantischen Handels beträgt etwa 640 Mrd. US-Dollar. Amerika und Europa sind füreinander jeweils der wichtigste Investitionsstandort. In Deutschland arbeiten etwa 1 700 Firmen mit US-amerikanischem Kapital, und ungefähr 2 500 deutsche Unternehmen operieren als amerikanische Firmen in den USA³⁰. Die Fusion zwischen Daimler-Benz und Chrysler 1998, die bisher größte in der Automobilgeschichte, ist ein Beispiel für die Vitalität der Handels- und Investitionspolitik. Vergessen werden darf aber nicht, daß Europa für die USA nicht die einzige und wichtigste Exportzone ist. 1994 überstiegen die amerikanischen Exporte in die zur APEC gehörenden asiatisch-pazifischen Länder mit 321 Mrd. US-Dollar die Ausfuhren in die EU von 108 Mrd. US-Dollar fast um das Dreifache.

Außerdem gibt es in einer Anzahl von Sektoren des transatlantischen Handels Spannungen und Auseinandersetzungen. Zu ihnen zählen u. a. die Telekommunikation, die Luftfahrt und vor allem die Landwirtschaft. Seit Jahren schwelt der Streit um die Bananenmarktordnung der EU, durch die die EU Bananen aus Lateinamerika zugunsten von Bananen aus ehemaligen französischen und britischen Kolonialgebieten in Afrika und der Karibik diskriminiert. Andere Beispiele ließen sich nennen, wie die uns seit Jahren begleitende Auseinandersetzung um das Importverbot der EU für Fleisch von hormonbehandelten Rindern. Die Bedeutung dieser Streitfälle sollte nicht unterschätzt werden. Sie sind durchaus geeignet, das transatlantische Verhältnis von Zeit zu Zeit erheblich zu belasten.

Auch sollte uns die für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Verflechtung nicht den Blick auf einige noch vor uns liegende Probleme verstellen. Die meisten Staaten Europas stehen vor großen strukturellen Anpassungen, die auch den uns vertrauten Sozialstaat nicht ganz unberührt lassen werden. Er unterscheidet sich wesentlich von der Ohärteren, flexibleren amerikanischen Wettbe-

30 Vgl. Ernst-Moritz Lipp, Auf dem Weg zur transatlantischen Wirtschaftsgemeinschaft, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Partnerschaft gestalten, Gütersloh 1997, S. 57 ff.; ders., Europa und Amerika gemeinsam gegen Protektionismus, in: FAZ vom 22. 10. 1998; Wolfgang Reinicke, Bausteine für einen euro-amerikanischen Markt, in: W. Weidenfeld, ebd., S. 67 ff.

werbsgesellschaft. Die Gefahr einer Abkopplung von den USA darf trotz der gewaltigen Wirtschaftskraft der EU nicht unterschätzt werden. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß die sogenannte Globalisierung, d. h. das Zusammenwachsen der Finanz- und Gütermärkte, eine sich von selbst einstellende Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Länder zur Folge hätte. Die Staaten, die sich dem globalen Wettbewerb nicht stellen, können schnell den Anschluß verlieren³¹. Die Einschätzung, daß die Einführung des Euro an dieser Problematik Grundsätzliches ändere, entbehrt einer gesicherten Grundlage. Die „Performance“ des Euro als Weltwährung wird letztlich durch die Effizienz der nationalen Volkswirtschaften der EU bestimmt. Fast abenteuerlich mutet die Erwartung an, der Euro werde gar eine wesentliche Änderung der politischen Machtverhältnisse in der Atlantischen Gemeinschaft bewirken³².

3. Die Allianz

Die Machtverhältnisse in der NATO unterliegen anderen Kriterien. Sie bestimmen sich weitgehend nach den jeweiligen Beiträgen der Mitgliedstaaten zur militärischen Stärke des Bündnisses. Und um die Beiträge der Europäer ist es eher schlecht bestellt, obwohl in Europa seit Jahren davon gesprochen wird, eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) aufzubauen und den „Europäischen Pfeiler“ im Bündnis stärken zu wollen, wofür die WEU als eigene sicherheitspolitische Komponente der EU vorgesehen ist³³.

Der europäischen Sicherheitspolitik fehlt es an zwei entscheidenden Elementen. Zum einen scheinen die europäischen Staaten in ihrer Mehrheit nicht bereit, die notwendigen Mittel für wichtiges militärisches Gerät und die Modernisierung ihrer Streitkräfte aufzubringen. Zum anderen, und das ist fast noch gravierender, fehlt den meisten der Wille zu militärischen Einsätzen, die mit Gefahr für Leib und Leben für eigene Staatsangehörige verbunden sind.

Nachfolgend nur einige Worte zu den Verteidigungsausgaben. Sie sind als Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in konstanten Preisen ständig zurückgegangen. In Frankreich von

31 Vgl. Peter Cornelius, We must hang together. Europa darf wirtschaftlich nicht von Amerika abgekoppelt werden, in: *Internationale Politik*, 52 (1997) 10, S. 59 ff.

32 Vgl. Ernst-Otto Czempel, Europa und die Atlantische Gemeinschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2/99, S. 12-21.

33 Vgl. Christoph Bertram, Europa in der Schwebel, Bonn 1996, S. 119 ff.

3,3 Prozent im Jahre 1994 auf 3 Prozent 1997, in Großbritannien im gleichen Zeitraum von 3,3 Prozent auf 2,6 Prozent und in Deutschland von 1,8 Prozent auf 1,6 Prozent³⁴. Und diese Entwicklung angesichts des Nachhol- und Modernisierungsbedarfs der europäischen Streitkräfte! Die USA verfügen über 64 Aufklärungssatelliten, die Europäer über fünf. Die Vereinigten Staaten können schweres Gerät und Truppen mit 80 strategischen Transportflugzeugen über große Distanzen verlegen, die europäischen NATO-Staaten besitzen nicht ein einziges derartiges System. Diese Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen, besonders im Bereich der Luftstreitkräfte. Erwähnt sei auch die große maritime Überlegenheit der USA und ihre Führungsposition bei bestimmten, besonders wirksamen Waffensystemen wie den Marschflugkörpern³⁵. Fachleute sehen die große Gefahr, daß wir Europäer in der durchaus voraussehbaren Zukunft in wichtigen Bereichen der militärischen Sicherheit nicht mehr ohne Komplikationen mit den Amerikanern werden zusammenarbeiten können. Das erstaunt nicht, bedenkt man, daß die europäischen NATO-Mitglieder in nicht aufeinander abgestimmten nationalen Rüstungsprogrammen insgesamt ca. 12 Mrd. US-Dollar jährlich für die militärische Forschung und Entwicklung aufwenden, die USA hingegen in einem einzigen koordinierten Programm 30 Mrd. US-Dollar³⁶.

VI. Rivalität oder Partnerschaft?

Die EU wird aus ihrer gegenwärtigen, ihrem wirtschaftlichen Gewicht nicht entsprechenden, außenpolitisch völlig unbefriedigenden Lage nur dann herausfinden, wenn bei ihr auf allen Ebenen mehr Sinn für die Realitäten einkehrt. Das heißt auch, daß von dem Gedanken einer machtpolitischen Rivalität mit den Vereinigten Staaten Abschied genommen und akzeptiert wird, daß eine solche Rivalität weder in Europas Kräften steht noch in seinem Interesse liegt. Will die EU in der Zukunft einen ihrem wirtschaftlichen Potential entsprechenden außenpolitischen Einfluß ausüben, benötigt sie die Partnerschaft mit den USA. Um diese zu erhalten und darin ihr Gewicht zur

34 Vgl. NATO Brief/Frühjahr 1999.

35 Vgl. Klaus-Dieter Frankenberger, Noch ist Europa überfordert, in: *FAZ* vom 16. 4. 1999; Karl Feldmeyer, Ein hoher Preis, in: *ebd.* vom 26. 3. 1999.

36 Vgl. Klaus Naumann, Europa in der NATO, in: *Internationale Politik*, 54 (1999) 4, S. 55 ff.

Geltung zu bringen, bedarf es besonders auf sicherheitspolitischem Gebiet zusätzlicher Anstrengungen. Auch hier muß in Zukunft das Handeln Vorrang vor Worten haben. Ganz sicher ist eine wirkliche Partnerschaft – keine Juniorpartnerschaft – mit Washington nicht immer einfach. Sie war es auch in den Zeiten des Kalten Krieges nicht, als die USA noch nicht die alleinige Weltmacht darstellten. Die amerikanische Außenpolitik, die in besonderem Maße innenpolitischen Einflüssen unterliegt und sehr zum Unilateralismus neigt, ist oft schwierig einzuschätzen. Und die Amerikaner selbst zeigen sich auf Grund der Stärke ihrer Überzeugungen und ihrer Selbstbezogenheit auch Argumenten von Freunden gegenüber gelegentlich wenig zugänglich.

Neuer Institutionen und neuer Konsultationsmechanismen bedarf es aber nicht. An ihnen herrscht kein Mangel. Ohnehin genießt bei den Amerikanern die Bewältigung praktischer Einzelprobleme

Priorität vor allgemeinen institutionellen Lösungsansätzen. Der in Deutschland mehrfach geäußerte Vorschlag, eine „Transatlantische Problemlösungs- und Lerngemeinschaft“ zu gründen, ist eine typisch kontinentaleuropäische, um nicht zu sagen deutsche Idee, die in der amerikanischen Gedankenwelt kaum Widerhall finden kann³⁷. Was notwendig ist im transatlantischen Dialog, sind vor allem Vertrauen und Offenheit, und zwar auf allen Ebenen³⁸. Europa und Amerika haben mehr gemeinsam, als es manchmal den Anschein haben mag. Sie sind, trotz aller Unterschiede, die einzigen Machtzentren der Welt, in denen Menschenrechte und Demokratie nicht nur ihren Ursprung, sondern auch besonders tiefe Wurzeln haben.

37 Vgl. Werner Weidenfeld, Die europäisch-amerikanische Kooperation braucht ein gesellschaftliches Fundament, in: Das Parlament vom 18. 4. 1997.

38 So eindringlich der amerikanische Botschafter in Deutschland John C. Kornblum auf der Vortragsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 25. 3. 1999.

Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz

I. Einleitung

Die Schlußfolgerung einer Untersuchung zur amerikanischen Außenpolitik mag für manche schockierend wirken: „Die europäische Einigung war nicht das Ziel, sondern das Ergebnis der containment-Politik.“¹ Die europäische Integration, d. h. die Außerkräftsetzung innereuropäischer Gegensätze, hatte im beginnenden Kalten Krieg, in der globalen Perspektive der Seemacht USA, eine instrumentell-strategische Funktion als Bollwerk gegenüber einer siegreichen, sich bis nach Berlin erstreckenden totalitären Macht gehabt. Natürlich gab es auch in den USA vehemente Befürworter der Einigung Europas aus normativen Gründen, wie es in Europa bekanntlich namhafte Politiker waren, die das Einigungswerk in Gang setzten und es aus historischen Gründen beförderten. Allerdings existierten diese Politiken und Politiker auch schon in den zwanziger Jahren. Damals, sagte man zu Recht, war die Zeit dafür nicht reif. Aber noch wichtiger ist, daß das westeuropäische Projekt nach wie vor nicht aus sich selbst heraus gedieh, nicht nur entlang der deutsch-französischen Annäherungs- und Freundschaftspolitik gestaltbar war, sondern es entwickelte sich, weil dieses westeuropäische Randgebiet weltpolitisch wichtig ist, es zum Einflußbereich der amerikanischen Globalstrategie gehört. Deshalb bot sich die europäische Einigung als notwendiges Befriedungsinstrument der westlichen eurasischen Randzone an.

Das ökonomische Florieren der europäischen Integration – nicht zu vergessen: angestoßen durch den Marshall-Plan – ist eine Erfolgsstory geworden, deren Philosophie des „immer engeren Zusammenschlusses“ innereuropäisch immer mehr die Finalitätsfrage aufwerfen dürfte, das heißt also, ob etwa gesamteuropäisch ein Zentralstaat am Ende des Integrationsprozesses entstehen soll. Aus der Erfolgsgeschichte wachsen aber auch Probleme, insofern sich Europa als Währungsraum zu einem Konkurrenten der USA entwickelt und damit zu

einer Belastung innerhalb der nordatlantischen Beziehungen.

II. Geoökonomische Distanzierung Europas von den USA?

Heute wie vor 50 Jahren ist die europäische Integration keinesfalls nur eurozentrisch zu verstehen, sondern allein in einem globalen Kontext, der in Europa und besonders in Deutschland gerne ignoriert wird. Zugespitzt lautet deshalb die These, daß wichtiger als die normative Sinnhaftigkeit der europäischen Integration aus europäischer Sicht die US-interessenbestimmte Unterstützung der Entstehung der westeuropäischen Integration Gewicht hätte. Und diese realistische Analyse der Genese des westeuropäischen Projekts kommt nun mit der Entstehung des „Eurolandes“ vollends wieder zum Tragen, darstellbar etwa über die hier zentral aufgeworfene, berechtigte Frage, ob nicht europäisch-amerikanische Interessenunterschiede wegen der möglichen geoökonomischen Distanzierung Europas („Euroland“) von den USA durch die Einführung des Euro zunehmen könnten.

Deutscherseits bestünde an dieser Distanzierung kein Interesse, sie wäre auch nicht intendiert gewesen – was immer und wie deutlich sich Paris seinerseits äußert. Jedenfalls stünde sie in einem eklatanten Widerspruch zur geostrategischen, transatlantischen Allianz, und letztlich entstünde daraus auch eine Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, dem Deutschland (West) seine Anerkennung im Nachkriegseuropa verdankt und noch mehr die entscheidende Absicherung des Wiedervereinigungsprozesses von 1989/90. Im deutschen Interesse liegt deshalb die fortdauernde Präsenz der USA in Europa – eine besondere geopolitische und neue Situation für den Kontinent –, um damit nicht mehr mit Frankreich und England allein (gelassen) zu sein. Die geostrategisch bewährte Freundschaft hat Deutschland zur Einheit verholfen, denn die USA brauchen den Kern Europas als Ruhepol – und nicht etwa ein Deutschland, das zwischen Ost und West changiert. Zugleich mag die bewährte Alli-

1 Stefan Fröhlich, Amerikanische Geopolitik. Von den Anfängen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, Landsberg 1998, S. 144.

anz im Interesse Frankreichs und Englands liegen, weil die Macht in der Mitte des Kontinents in Bündnisverpflichtungen eingebunden ist. Deutschland ist als geographisch vorgegebene Macht in der Mitte wie als Mittelmacht daran interessiert, zu Rußland gute Beziehungen zu pflegen und das Land vor einer Isolierung zu bewahren². An der Westbindung Deutschlands besteht parteiübergreifend dennoch kein Zweifel. Jedenfalls war nur auf ihrer Grundlage und über die Präsenz der Amerikaner die Wiedervereinigung möglich.

III. Die geopolitische, geoökonomische und geostrategische Tradition in den USA

Die amerikanische geographische Lage zwischen dem pazifischen und atlantischen Ozean liefert wie im seelenverwandten England heute wie damals Gründe, über Land und Meer bzw. Land- und Seemächte nachzudenken. Erneut ist die Renaissance geopolitischer Analysen festzustellen, insbesondere entlang angloamerikanischer Traditionen. Längst gibt es eine neue Strategie der „balance of power“ auf der Weltebene³. Es stellt sich nun die Frage, welche Rolle das „Euroland“ spielen wird. Verselbständigt sich Europa? Wird das „Euroland“ zur Gefahr für die Dollar-Währungszone? Doch zunächst stellten sich klassisch-geopolitische Themen. Der britische Geograph Halford Mackinder vertrat die sogenannte Herzlandtheorie, nach der der eurasische Festlandsraum der Dreh- und Angelpunkt des Weltgeschehens sei. Skandinavien, Westeuropa, der nordafrikanische Raum, der Nahe Osten und Ostasien mit Indien und China bildeten den „inner or marginal crescent“, den *outer crescent* dagegen (zufällig?) die englischsprachigen Länder Großbritannien, Kanada, USA, Südafrika, Australien, aber auch Japan. Das eurasische „world island“ beherrsche die Welt. Die Weltgeschichte spiele sich im Kampf zwischen *heartland* und *marginal crescent* ab bzw. zwischen der eurasischen Landmacht und der die breite

Küstenregion beherrschenden Seemacht; zwischen ihnen könne eine „balance of power“ bestehen, aber auch eine Hegemonie. Zuvor hatte bereits der amerikanische Admiral Alfred Thayer Mahan die Bedeutung der Seemächte hervorgehoben, und zwar im engeren Sinne als überlegene Kriegsfлотten, vor allem aber als Mächte, die Überseehandel mit dem Erwerb von Stützpunkten und entsprechend weitläufigen, seegestützten Kontrollen von Weltrouten und Küstenstreifen verbanden. Man könnte sagen, daß die USA bis heute navalistisch geblieben sind. Mehr noch, diese Seemachtpolitik ist heute auch dafür verantwortlich, daß der Globalisierungsprozeß abgesichert werden kann. Die weltweite Präsenz der USA in der Tradition des britischen und später des amerikanischen Stützpunktdenkens sichert den globalen Kapitalismus, ja macht ihn überhaupt erst möglich.

Mahans expansionistisches Denken war mit der Empfehlung zur Bildung von Kolonien, Überseemärkten und Handelsflotten klar in den britischen, imperialen Traditionen eingebettet. Er dachte in der Tradition von Seemächten: „In any operation, under all circumstances, a decisive naval superiority is to be considered as a fundamental principle, and the basis upon which every hope of success must ultimately depend.“⁴ Die Mahanschen Schriften und Reflexionen im 20. Jahrhundert können hier nicht nachgezeichnet werden, zumal Imperialismus, Internationalismus und Interventionismus in den USA sich ablösen und liberale weltpolitische Auffassungen von der amerikanischen Mission bezüglich Demokratie und Menschenrechten hinzutreten. Immerhin sind damit im Kern diejenigen Zusammenhänge offengelegt, die die Außenpolitik bzw. die Global- und Weltpolitik der USA im gesamten 20. Jahrhundert charakterisieren – eine Logik, aus der sich der Zusammenhang von Geopolitik, Geostrategie und Geoökonomie ergibt. Die Erde oder der Globus werden zum Entfaltungsraum einer Supermacht (Geopolitik), die zur Absicherung ihrer Interessen sich globaler, politikstrategischer Politiken bedienen muß (Geostrategie) und die dafür erforderlichen ökonomischen Grundlagen, z. B. den freien Zugang zu sogenannten strategischen Rohstoffen, offenhalten will. Deshalb bedurfte es schon länger dieser globalen Geoökonomie, aus der heraus erst der erwähnte globale Kapitalismus der vergangenen zwei Jahrzehnte hat entstehen können.

4 Alfred Thayer Mahan, *The Influence of Sea Power upon History 1660–1783*, Boston 1890, S. 397; Charles Clover, *Dreams of the European Heartland. The Reemergence of Geopolitics*, in: *Foreign Affairs*, 78 (1999) 2.

2 Welche Empfindlichkeiten in Rußland bestehen, zeigt der Aufsatz von Igor F. Maximyschew, *Übergang zu was? Russisch-deutsches Verhältnis zwischen gestern und morgen*, in: *Mut*, (1995) 1, S. 28–35.

3 Nicholas Spykman z. B. schrieb in seiner „*Geography of Peace*“: „Balanced power on the Eurasian Continent is one of the objectives for which we are fighting and the establishment of such an equilibrium and its preservation will be our objective when the fight is won.“ Zit. in: S. Fröhlich (Anm. 1), S. 138.

Stefan Fröhlich weist auf einen Satz Mackinders von 1919 hin, wonach die Welt als ein „closed political system“ aufzufassen sei, wo „every explosion of social forces, instead of being dissipated in a surrounding circuit of unknown space and barbaric chaos, will be sharply reechoed from the far side of the globe, and weak elements in the political and economic organism of the world will be shattered in consequence“⁵. Der in Deutschland erst seit einigen Jahren auftretende Eindruck, durch Globalisierung würden Entfernungen an Bedeutung verlieren, es entstünde das berühmte „global village“, stellt sich für Staaten mit Seebezug anders dar. Die insulare geopolitische Lage z. B. Großbritanniens, der USA oder Japans fordert geradezu zur Artikulation globaler Interessen heraus, um den insularen Raum unabhängig von gegenüberliegenden Meeresküsten abzusichern. Daß deshalb die Geopolitik in den USA sich in der Tradition von Mahan, Mackinder und vieler anderer selbständig entwickelt, in den amerikanischen Internationalen Beziehungen der Politikwissenschaftler beachtet wird und in der amerikanischen Geostrategie der Streitkräfte ihren Niederschlag findet, versteht sich von selbst. Aus dieser Konstellation heraus entstand das Interesse am westeuropäischen Integrationismus unter dem Dach der NATO – und stets unterstützt von amerikanischem Kapital.

IV. Modernere Ansätze der Geopolitik

Die hiermit skizzenhaft aufgezeigte Folie zur amerikanischen Seemachtentwicklung und ihrer weltpolitischen Interessenwahrnehmung entlang geopolitischer Denkansätze offenbart eine andere Sichtweise auf die europäische Agenda. Um Mißverständnisse auszuschließen, sei angemerkt, daß die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht auf die Position West-Deutschlands als eines amerikanischen Brückenkopfs auf dem Festland reduziert werden können. „Was der amerikanische Sieger anzubieten hatte – den liberalen Rechtsstaat, die offene Gesellschaft, die dezentrale Machtverteilung, die freie Wirtschaft –, wurde von den Westdeutschen geradezu begierig aufgesogen und viel erfolgreicher verinnerlicht als in den traditionsgebundenen Gesellschaften Englands oder Frankreichs. Gewiß: Die demokratische Moderne kam

auf den Panzerketten der U.S. Army daher, aber sie wurde von den Besiegten sehr rasch als Geschenk be- und ergriffen ... Die Amerikaner brachten Startkapital, Sicherheit und offene Märkte in die Partnerschaft ein: als strategisches Glacis, als getreue Verbündete, die den größten europäischen Beitrag zum Nordatlantikpakt (NATO) lieferten.“⁶

Natürlich spielte das geopolitische Denken auch in der Phase des Ost-West-Gegensatzes eine Rolle, ging es ja gerade um die jeweiligen ideologisch entgegengesetzten und besetzten Räume. Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski z. B. haben sich mit entsprechenden Äußerungen einen Namen gemacht. Letzterer hat in den neunziger Jahren eine Studie vorgelegt⁷, in der er die gesamte Welt und alle geostrategisch wichtigen Staaten durchdiskutiert – manchmal in einem etwas zu selbstbewußt vorgetragenen Tonfall und anscheinend im Bewußtsein, sozusagen nachrömisch wieder eine imperiale Macht global repräsentieren zu können. Über das eurasische „Spielfeld“ sagt Brzezinski, daß dies der Ort sei, wo Amerika „irgendwann ein potentieller Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte“⁸. Brzezinski unterstützt ohne Zweifel und mit Nachdruck die europäische Integrationsbewegung; identifiziert aber bei einem der „geostrategischen Akteure“ – Frankreich – dennoch ein eigenes geostrategisches Konzept, „das sich in einigen wesentlichen Punkten von den Vorstellungen der Vereinigten Staaten unterscheidet“. Frankreich neige „zu taktischen Schachzügen, mit denen es Rußland gegen Amerika und Großbritannien gegen Deutschland auszuspielen versucht, obwohl es auf die deutsch-französische Partnerschaft angewiesen ist, um die vergleichsweise schwache Position auszugleichen“⁹. Frankreichs geostrategisches Interesse sei unübersehbar auf eine stärkere Rolle Europas gegenüber den USA ausgerichtet, ohne deshalb antiamerikanisch sein zu müssen.

6 Josef Joffe, Amerika und Deutschland, in: Karl Kaiser/ Joachim Krause (Hrsg.), Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 3: Interessen und Strategien, München 1996, S. 118. Auf die von Joffe implizit angesprochene vierte, kulturelle Seite in der Geopolitik sei hier, obgleich wichtig, nicht weiter eingegangen. Vgl. dazu Josef Joffes Beitrag in: Transatlantische Partnerschaft. Perspektiven der amerikanisch-europäischen Beziehungen, Landsberg 1997.

7 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Weinheim 1997. Vgl. die skeptische Sicht von Charles William Maynes, Der Preis der Vorherrschaft, Risiken der „wohltätigen Hegemonie“ für Amerika und die Welt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1998) 9, S. 1061–1069.

8 Z. Brzezinski, ebd., S. 64.

9 Ebd. S. 68 und S. 94 ff. Vgl. ders., A geostrategy for Eurasia, in: Foreign Affairs, 77 (1997) 5, S. 50–64.

5 S. Fröhlich (Anm. 1), S. 56; ebenso Halford Mackinder, Democratic Ideals and Reality, London 1919, S. 241 f.

V. Die euro-französische Sonderrolle

Die eigenständige Politik Frankreichs kann nicht dazu führen, das geostrategische Interesse der USA an Europa und damit am eurasischen Kontinent oder Küstenstreifen zu schwächen, zumal rund ein Fünftel des amerikanischen Handels mit dieser Randzone abgewickelt wird. Noch viel stärker ist das neue Rußland mit den EU-Staaten geökonomisch verknüpft; 40 Prozent seines Außenhandelsumsatzes erzielt es mit der EU, der GUS-Anteil schrumpfte auf 20 Prozent¹⁰. Die geökonomische Interdependenz West- und Osteuropas hat also ansatzweise begonnen und ist für alle Beteiligten von Interesse. Sie macht deutlich, daß hier ein gemeinsamer Wirtschaftsraum Kontur erhält.

Frankreichs Interesse läuft darauf hinaus, daß die EU auf allen Gebieten ein „wichtiger Handlungsträger des 21. Jahrhunderts wird“, wie Staatspräsident Chirac am 26. August 1998 anlässlich der Konferenz der französischen Botschafter in Paris erklärte¹¹, und zwar deshalb, „weil ... Europa entscheidend zum Gleichgewicht der Welt beitragen muß. Weil ein auf der internationalen Bühne starkes Europa für Frankreich das beste Mittel ist, um seinen Einfluß zu wahren und seine Interessen in einer globalisierten Welt zu vertreten.“ Frankreich wolle die „unabwendbare Entwicklung einer multipolaren Welt“ fördern. Der Euro ver helfe Frankreich wieder zu einer – mit anderen Ländern geteilten – monetären Souveränität. Er ver helfe Europa, Amerika gegenüber auf dem wichtigen Gebiet der Währung ebenbürtig zu sein. Ebenbürtigkeit ist kein unstatthafes Ziel, aber der ehemalige Präsidentenberater Henry Kissinger äußert doch Bedenken, wenn der französische Standpunkt allzu instrumentellen Charakter erhält: Wenn Europa „absichtlich eine Politik betreibt, die darauf hinausläuft, sich selbst durch einen Standpunkt gegenüber den Vereinigten Staaten zu definieren, dann wird es gefährlich, und ich höre so etwas zu oft von Franzosen, die in der politischen Verantwortung stehen“¹².

Wenn man die Einführung des Euro einmal als Kompensation für die Zustimmung Frankreichs zur Wiedervereinigung ansieht – was ein zeitgeschichtlich durchaus legitimer Interpretationsansatz ist –, also von ökonomischen Erklärungen und Begründungen absieht, aus denen heraus der Euro gefördert wurde, so wird auch in der Währungspolitik ein politischer Mehrwert entdeckt, daß also die Einführung der europäischen Währung, wie das Chirac-Zitat zeigt, auch dazu dient, eine politische Gegenposition aufzubauen. Deutschland wurde eingebunden; den USA gegenüber konnte eine neue bipolare Eigenständigkeit demonstriert werden – die klassische Ausgangslage für eine räumlich, ökonomisch und strategisch gegenüber den USA latent oppositionelle Rolle nach der bipolaren Epoche bis 1989, wenn auch diesmal und bisher nur währungspolitisch angelegt¹³. Aber allein schon die bipolare Intention, innerhalb eines Freundschaftsbündnisses artikuliert, wird politische Kosten verursachen.

Chirac spricht jedoch von einer multipolaren Welt. Damit hat Frankreich eine Konzeption aufgegriffen, die auch die postsowjetische Außenpolitik bestimmt, um der verbliebenen einzigen Supermacht USA von Moskau aus zu zeigen, daß sie nicht, wie sie es immer wieder zum Ausdruck bringt, die einzige Weltmacht sei. Paris argumentiert hier (wie schon öfter in der Geschichte des 20. Jahrhunderts) wie Moskau und neuerdings auch wie Peking. Die Betonung liegt jeweils auf einer Äquidistanz gegenüber den USA. Natürlich kann der Pariser Anspruch, selbst einer der Pole zu sein¹⁴, in der multipolaren Welt französischerseits allein nicht erfüllt werden. Die Diplomatie

Ulrich Schacht (Hrsg.), *Die selbstbewußte Nation*, Berlin 1994, S. 339. Vgl. auch das Interview mit Andrei Markovits, Nörgeln über den großen Onkel, in: *Der Spiegel* vom 21. 6. 1999, S. 38–42.

13 „Auf monetärem Gebiet und nur hier scheint eine neue Bipolarität in Reichweite zu sein“, so Dominique Moisi, Immer Ärger mit Paris, in: *Rheinischer Merkur* vom 12. 6. 1998, S. 6.

14 „Was immer die jeweils konkreten Motive Pariser Regierungen waren, die europäische Integration zu beginnen, zu vertiefen, zu bremsen oder gar anzuhalten: die Konstante war spätestens seit 1958, als Charles de Gaulle die Fünfte Republik begründete, das Ziel, Europa zu einem ‚Pol der Macht‘ (Jacques Chirac) umzugestalten, mit dem Frankreich das Verschwinden eigenständiger Potentiale ausgleichen wollte – auf dem europäischen Umweg glaubte es, eine gleichberechtigte Rolle neben den anderen Weltmächten wiederfinden zu können.“ So Günther Nonnenmacher, Dosierte Konflikte – intakte Reibungsflächen. Frankreichs dialektisches Verhältnis zu den USA, in: *Internationale Politik*, (1998) 9, S. 22 f. Vgl. auch Ingo Kolboom, Dialog mit Bauchgrimmen? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen, in: *Europa Archiv*, 49 (1994) 9, S. 257–264; Alain Minc, *Die Wiedergeburt des Nationalismus in Europa*, Hamburg 1992, S. 76.

10 Vgl. Andrej Sagorski, „Geopolitik“ versus „Geowirtschaft“, in: *Wostok*, 40 (1995) 8.

11 *Frankreich-Info*, Bonn, Nr. 78 vom 31. 8. 1998.

12 Auszüge von Gesprächen mit Helmut Schmidt, zit. in: *Welt am Sonntag* vom 5. 4. 1998, S. 37, Quelle: Helmut Schmidt, *Jahrhundertwende*, Berlin 1998; Karl-Eckhard Hahn urteilt: „Die Integration ist als rationale Reaktion auf die Mittellage im deutschen Interesse, nicht aber ein letztlich französisch geleiteter Kontinentalblock mit antiamerikanischem Akzent.“ Ders., *Westbindung und Interessenlage. Über die Renaissance der Geopolitik*, in: Heimo Schwilk/

Frankreichs – immerhin die zweitgrößte auf der Welt – ist gefordert, um u. a. auch die deutsch-französische Partnerschaft¹⁵ für dieses Unterfangen zu mobilisieren oder um im Weltsicherheitsrat entsprechend abzustimmen¹⁶, woraus jeweils der besondere Rang Frankreichs in der Welt – via Europa, wenn es sein muß – unterstrichen wird. Der Euro unterfüttert, wenn er gelingt, dieses multipolare Denken. Aus ihm entwickeln sich regionale Einflußräume. Peking denkt jedenfalls so, Moskau nicht weniger mit Bezug auf das nahe Ausland, und in Paris gibt es – abgesehen von den viel zurückhaltenderen Äußerungen der Politiker – auch geopolitische Schulen, die eine „Achse Wien-Budapest“, eine „baltische Föderation“, eine „Balkan-Föderation“ lieber heute als morgen verwirklicht sehen würden, um Gegengewichte gegenüber dem „deutschen Block“ zu haben und um „sich von der amerikanischen Vormundschaft zu emanzipieren“¹⁷. So ließe sich aus französischer Sicht ein erweitertes Europa zum Nutzen Frankreichs entwickeln. Dieser „politische Voluntarismus“ (G. Nonnenmacher) mag illusorisch sein, aber er ist Teil der französischen diplomatischen Aktivitäten.

Der Atlantizismus jedenfalls, in dessen Rahmen deutscherseits gedacht wird, bedarf keiner Multipolarität, da er nicht polar, sondern kooperativ-partnerschaftlich angelegt ist. Deshalb ist das euro-amerikanische Verhältnis seiner Konstruktion nach gerade kein bipolares und soll es nicht werden, sehr wohl aber aus französischer Sicht der viel stärkeren Betonung der europäischen (Op-)Position. Den Kernpunkt einer potentiellen Bruchlinie – einer analytisch benennbaren, nicht einer schon aufgetretenen – stellt deshalb die Definition der weltpolitischen Lage als multipolare dar. Sie hat Indikatorwert, so unscheinbar und deskriptiv

15 Eine fusionistische Sicht der deutsch-französischen Partnerschaft vertritt Klaus Bloemer, *Abschied vom Nationalstaat – Die Zukunft der deutsch-französischen Union*, Bonn 1996.

16 „Gestützt auf seinen ständigen Sitz im Uno-Sicherheitsrat, präsentiert Frankreich sich als alternative westliche Stimme.“ D. Moisi (Anm. 13).

17 Pierre Béhar, *Zentraleuropa im Brennpunkt: Analysen und Perspektiven einer kontinentalen Geopolitik*, Graz 1994, S. 181 ff. Eine faszinierende, exzellente Studie, die in vielen Punkten interessante Analysen beisteuert, z. B. mit folgendem Hinweis auf Sibirien (S. 220): „Vom Besitz Sibiriens hängt die Zukunft der Welt – in erster Linie des benachbarten Europa – ab. Europa wird nur dann ein dauerhaftes, wirtschaftliches und strategisches Fundament, mit anderen Worten eine Zukunft haben, wenn es sich seiner eurasischen Verlängerung sicher sein kann.“ Vgl. zur französischen geopolitischen Schule auch Yves Lacoste, *Geographie und politisches Handeln. Perspektiven einer neuen Geopolitik*, Berlin 1990.

der Begriff auch sein mag¹⁸. Die diplomatisch-politisch-strategische Umsetzung dieses Postulats gaulistischer Tradition widerspräche aber, jedenfalls als außenpolitische Grundlage, der deutschen Politik, dem Atlantizismus. Sofern und falls also mit der Einführung des Euro währungspolitisch die Multipolaritätsthese untermauert wird – und es wäre abwegig, dies zu bestreiten –, muß mit der Einführung des Euro von Anfang an auf dieses Konfliktpotential hingewiesen werden. Dem deutsch-französischen Tandem in der EU können realistische Hinweise dieser Art nur zuträglich sein. Es wäre unredlich, die atlantische Richtungsentscheidung der deutschen Außenpolitik nach dem Krieg¹⁹ im aktuellen währungspolitischen und ökonomischen Themenspektrum der vermeintlich nur innereuropäischen Angelegenheiten nicht anzusprechen.

Tatsächlich entsteht durch den europäischen Währungsraum eine noch stärkere Asymmetrie zwischen dem wirtschaftlichen Potential der EU und ihren schwachen sicherheitspolitischen Fähigkeiten – ein Defizit, das die USA immer noch bzw. immer wieder ausgleichen müssen, womit sie weiterhin die Risiken der atlantischen Sicherheitskonstruktion tragen²⁰. Die währungspolitische Verselbständigung Europas stellt den Kontinent – jedenfalls der Intention nach – wirtschaftlich besser, und zwar womöglich langfristig zu Lasten der amerikanischen Währung, was wiederum die Sicherheitsarchitektur bzw. die beschriebenen geo-

18 Das scheint bei Ernst-Otto Czempel übersehen zu werden, der für einen Multilateralismus eintritt: Europa und die transnationale Gemeinschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1–2/99 S. 12–21; ähnlich Franz Nuscheler, *Eine neue Weltpolitik. Multilateralismus statt Pax Americana*, in: *Internationale Politik*, 53 (1998) 11. Boris Jelzin hat im Vorfeld seines Staatsbesuches in der VR China der Nachrichtenagentur ITAR-TASS am 7. 11. 1997 gesagt: „Eine multipolare Welt ist das demokratischste Modell für einen Weltaufbau. Ich denke, daß es am ehesten den Interessen der Staaten, der kleinen, der mittleren und der großen entspricht. Gerade dieses Modell erlaubt es, das überaus reiche und schöpferische Potential aller Völker zu entfalten und die Lösung der schwierigsten Probleme der Welt sicherzustellen.“

19 Vgl. Jens Hacker, *Integration und Verantwortung. Deutschland als europäischer Sicherheitspartner*, Bonn 1995.

20 Vgl. auch das Focus-Interview mit Karl Lamers vom 20. 4. 1998, S. 89: „Das gibt Ärger mit Amerika.“ Lamers wies auf die Asymmetrie hin „zwischen dem wirtschaftspolitischen Riesen und dem sicherheitspolitischen Zwerg Europa. Der Euro verstärkt dieses Mißverhältnis. Das führt zum Zwist mit Amerika.“ Aufschlußreich dürfte vor diesem Hintergrund ein Bericht über Methoden und Strategien einer gewissen „Ecole de Guerre Economique“ gewesen sein, in: *FAZ* vom 2. 9. 1998, S. 12. „Lieblingsfeind“ der Ausbilder seien die Vereinigten Staaten und Japan, so erwähnen sie gegenüber der deutschen Reporterin. Auch nachrichtendienstliche Techniken werden eingeübt zum „Transfer von Geheimdienstwissen an Wirtschaftsakteure“.

politischen Verknüpfungen von geostrategischer Sicherheitsgarantie (Kosovo u. a. m.) und geoökonomischen Separierungstendenzen im gemeinsamen geopolitisch-atlantischen Raum belasten könnte.

Gefördert wird diese Entwicklungstendenz durch außenpolitische Beratungen, die der gegenwärtigen deutschen Regierung entgegenkommen dürften. In ihnen wird eine europäische „Weltpolitik“ formuliert, die „defensiv“ sein, „auf sanfter Macht“ und „nur im äußersten Notfall auch auf militärischer Gewalt“ beruhen solle²¹. Der Gewaltbegriff dürfte sich in der Realität insbesondere gegen die Interventionspraxis der USA richten, die bei diesen Interventionen durchaus auch geoökonomische Interessenwahrnehmung betreiben (Golfkrieg) und realpolitisch strategische Energieressourcen abzusichern gedenken – im Zweifel auch unabhängig von Zustimmungsvorbehalten Moskaus oder Pekings. Ansonsten wäre die einzige verbliebene Supermacht nur Mandatar der Vereinten Nationen – und als solche muß sie sich nicht verstehen, auch völkerrechtlich nicht.

VI. Dilemma

Die USA stehen vor einem Dilemma: Sie müssen den europäischen Einigungsprozeß fördern. Ein Rückfall in alte europäische, nationalstaatlich-isolierte Gegensätzlichkeiten und Scharmützel würde die globale Politik der USA erheblich beeinträchtigen. Zugleich können sie sich aber nicht in die Interna des Einigungsprozesses einmischen. Die strittige Frage bei allen Konzeptionalisierungen ist stets der Grad der Einheit und Einigung Europas, derzeit diskutiert unter dem Rubrum „Vertiefung“ oder mit der Frage formuliert: Wieviel nationalstaatliche Vielfalt verträgt die EU?

Von einem internationalistischen Ansatz kann bei den sozialdemokratischen Regierungen Europas trotz der Euro-Einführung nicht gesprochen wer-

21 Ernst-Otto Czempiel, Nichts gegen Rußland, in: Die Woche vom 3. 3. 1995. Czempiel spricht von der Sicherheit in Europa, in einem Europa der Staaten, die über keine Militärpotentiale verfügen, es sei sogar in diesem Denkansatz „... intendiert, die organisierte, militärische Gewalt aus den zwischenstaatlichen Beziehungen zu eliminieren“, so Czempiel in seinem Aufsatz: Die Organisation der Sicherheit in und für Europa, in: Beate Kohler-Koch (Hrsg.), Staat und Demokratie in Europa, Opladen 1992, S. 197.

den²². Mithin ist auch für die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte davon auszugehen, daß ein bundesstaatliches Europa nicht entsteht.

Zugleich aber wird eine erweiterte Union und NATO hohe Integrationskapazitäten und der Euro zugleich die Aufmerksamkeit binden. Es wird vom Erfolg, d. h. der Stabilität des Euro abhängen²³, ob er die transatlantischen Beziehungen belastet oder nicht. Im schlimmsten Fall wären die Europäer ganz mit sich beschäftigt und nicht in der Lage, im eurasischen Raum partnerschaftlich mit den Amerikanern zu agieren. Im Euro-Erfolgsfall träten womöglich Belastungen für den US-Dollar auf²⁴.

VII. Alternativen

In dieser Situation bieten sich Lösungen an, die schon vor Jahren diskutiert wurden²⁵. Sie haben den Sinn, die Geschäftsgrundlage der transatlantischen Beziehungen zu erneuern, vor allem nach nicht ausschließbaren währungspolitischen Turbulenzen.

Einmal ist von einem geoökonomisch sinnvollen, die nördliche Hemisphäre verdichtenden *gemeinsamen transatlantischen Markt* die Rede, von dem erwartet werden könnte, daß er einen Wachstumsschub für die Weltwirtschaft auslösen würde. Dabei ist dann auch eine Entscheidung nötig, wie währungspolitisch kooperiert werden kann, ob es z. B. ein *Wechselkursbündnis*²⁶ geben muß, was ja

22 Insofern dürfte die Nationalstaatskritik Oskar Lafontaines nicht *common sense* sein. Vgl. ders., Deutsche Wahrheiten. Die nationale und soziale Frage, Hamburg 1990.

23 Demoskopisch gesehen ist die einheitliche europäische Währung zusätzlich ein Problem. In Deutschland wurde der Euro zwischen April 1994 und August 1998 bei 12 Befragungen glatt abgelehnt, für den Euro sind allenfalls 20 Prozent, d. h. die Distanz von politischer Entscheidungsebene und befragter Bevölkerung (Volkssouverän) ist enorm groß – zu groß bezüglich einer demokratischen Legitimation? Vgl. IfD Allensbach, Archiv-Nummern 5094–6061.

24 Zu weiteren Überlegungen vgl. Henrik Müller/Thomas Straubhaar, Das trojanische Pferd der Währungsunion, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 5. Juni 1999, S. 15.

25 Beispielhaft ist etwa das gemeinsame Programm von EU und den USA mit dem Namen Neue Transatlantische Agenda (NTA), vgl. Internationale Politik, (1998) 2, S. 61 ff.; vgl. aber auch Henry Kissinger, Chance und Risiko der Währungsunion, in: Welt am Sonntag vom 10. 5. 1998, S. 34.

26 Für ein Wechselkursbündnis votiert der zuletzt aus der Euro-Diskussion bekannte Wilhelm Hankel. Zur Krise verführt. Ein Plädoyer für ein monetäres Völkerrecht, in: Die Zeit vom 1. 10. 1998, S. 44. Für ein neues Bretton-Woods-System einer neuen Weltwährungsordnung mit stabilen und angemessenen Wechselkursen zwischen Yen, US-Dollar und

bereits im Rahmen der Globalisierungsdebatte diskutiert wurde. Jedenfalls bedarf es der Erneuerung der transatlantischen Partnerschaft, nicht multilateraler oder gar multipolarer Anläufe, die zur Distanzierung von den USA führen. Partnerschaft ist das passende Stichwort, von dem amerikanischerseits auch immer wieder gesprochen wird, so z. B. der Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Marc Grossmann, am 1. Oktober 1998 vor dem World Council in Houston: „Die Vereinigten Staaten sind die einzige verbliebene Supermacht der Welt. Aber wir können und sollten nicht alleine handeln, wenn es um die Verteidigung der gemeinsamen Werte und Interessen des Westens geht. In der heutigen, zunehmend interdependenten Welt brauchen wir solide, verlässliche und effektive Partner zur Erlangung unserer außenpolitischen Ziele . . . Der Kalte Krieg ist zwar vorbei, die Notwendigkeit einer Partnerschaft und eines Bündnisses mit Europa besteht jedoch fort. Heute ist unser Schicksal nicht weniger eng verbunden als vor 50 Jahren. Wenn Europa in Frieden lebt, ist Amerika sicherer. Wenn es Europa gut geht, geht es auch Amerika gut. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat beide Seiten des Atlantiks gelehrt, daß wir eine Partnerschaft benötigen, in der Europa auf uns zählen kann und wir auf Europa. Diese Lektion müssen wir für das 21. Jahrhundert ebenfalls lernen.“²⁷

Zweitens müßte das *geostrategische Konzept der Osterweiterung* der einzig verlässlichen Sicherheitsstruktur, der NATO, umgesetzt werden. Dabei ist insbesondere Rußland zu beachten und durch neue Formen der Hilfen zu integrieren. Seine Vision, einen geopolitischen Beitrag im eurasischen Raum zu leisten, benötigt teilnehmende Unterstützung. Die nördliche Hemisphäre kann nur über Rußland räumlich und staatlich konsolidiert werden. Ein zerfallendes Rußland kann sich die Welt nicht auch noch leisten. Das eurasische Festland wie seine Küsten haben nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes noch nicht zu einer festen Ordnung gefunden. Im übrigen ist die räumliche Entwicklung Chinas offen, wenn man daran denkt, daß ein

Euro und gegen die „währungspolitische Anarchie“ optiert Peter Bofinger, Zweites Bretton Woods, in: Welt am Sonntag vom 1. 11. 1998, S. 73. Andere widersprechen, weil sie das Ausbleiben von Strukturformen befürchten oder weil sie am Interesse Amerikas zweifeln, sich währungspolitisch derart festzulegen.

27 Marc Grossmann, Eine euroatlantische Partnerschaft für das 21. Jahrhundert, in: Amerika Dienst vom 21. Oktober 1998, S. 2. In einem ZEIT-Interview vom 19. November 1998 erwartet John Kornblum einen „aktiven Partner“, der eine „tragendere Rolle“ übernehmen möge; vgl. auch Reinhard Meier-Walser (Hrsg.), Transatlantische Partnerschaft. Perspektiven der amerikanisch-europäischen Beziehungen, Landsberg a. L. 1997.

nicht auszuschließendes postsozialistisches China neue Entwicklungskräfte freisetzen würde²⁸.

Schließlich müßte die EU beginnen, sich im Erweiterungsprozeß auch endlich der *ungelösten und aufgeschobenen Finalitätsdiskussion* des europäischen Integrationsprozesses zu stellen – zu welchem Ende bzw. organisatorischem Ziel der „immer engere“ Zusammenschluß führt, da sonst die über Jahrzehnte geweckten Erwartungen des Integrationismus sich gegen die EU richten, weil der Zusammenschluß bei allen Gipfelkonferenzen des Europäischen Rates von den Medien eigenmächtig jeweils als zu wenig zielführend kritisiert wird. Deshalb ist viel Realismus erforderlich²⁹. Wenig Realismus (im Sinne einer Universalisierbarkeit) kennzeichneten die konservativen britischen Europapositionen Thatchers und Majors, die zwar im Ton der Verallgemeinerbarkeit vorgetragen worden waren, in der politischen Praxis aber wohl nur den britischen Standpunkt beschreiben sollten, nicht jedoch eine gesamteuropäische Vision mittragen, für die auf dem Kontinent hätte geworben werden müssen. Die Thatcherschen antideutschen Ressentiments verhinderten vielmehr diese Sicht mit der Folge der Selbstisolierung des Vereinigten Königreiches. So wurde den britischen Argumenten wenig Aufmerksamkeit zuteil. Der Konservative Leon Brittan hatte 1995 noch sehr bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet, wie die Handlungsfähigkeit der EU zu bewahren sein würde³⁰. Brittan hatte zur Handlungsfähigkeit der EU-Kommission die Bildung von Völl- und Junior-Kommissaren vorgeschlagen. Auch bedürfte es seiner Ansicht nach zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten eines „Ausschusses der Parlamente“, in welchem Mitglieder sämtlicher nationaler Parlamente vertreten sein würden, wodurch mehr Bürgernähe und Verantwortlichkeit der Parlamentarier entstehen könnte. Der national gewählte Abgeordnete

28 Skeptische Positionen bezüglich Chinas nehmen ein Richard Bernstein/Ross H. Munro, *The Coming Conflict with China*, New York 1997; vgl. wiederum Henry Kissinger, Eine bewußte Isolierung Chinas wäre verhängnisvoll, in: Welt am Sonntag vom 9. 11. 1997, S. 6; Michael Stürmer, Hegemonie oder Gleichgewicht, in: Die Politische Meinung, (1998) 1, S. 86–95.

29 Vgl. Jean-Jacques Rosa, *L'erreur européenne*, Paris 1998; vgl. auch Joseph Fischer, Die Selbstbeschränkung der Macht muß fortbestehen, in: FAZ vom 10. 8. 1998, S. 9: „Wir müssen die Debatte über die finale Gestalt der Europäischen Union heute beginnen . . . Im Kern wird es dabei um die Frage gehen, wie sich Nationalstaaten und Europäische Union zueinander verhalten werden.“

30 Vgl. Leon Brittan, *Die europäische Herausforderung. Strategien für den Aufbruch ins nächste Jahrtausend*, Bergisch Gladbach 1995.

könnte über die Delegation in den Ausschuß europapolitisch mitentscheiden. Diese Überlegungen fanden damals wenig Beachtung, werden aber vielleicht wieder interessant, wenn die Osterweiterung der EU praktisch umgesetzt werden muß. Im Konzert eines sozialdemokratischen Europa wird es erneut auf den britischen Standpunkt insofern ankommen, als Großbritannien den transatlantischen Brückenschlag am vorbehaltlosesten verteidigt (und noch nicht in die Euro-Vision eingebunden ist), seinerseits also die hier entwickelte Trias aus Geopolitik, -ökonomie und -strategie³¹ mitträgt. Der neue europäische Währungsraum muß in dieser Raumqualität Gegenstand der Untersuchung werden.

Das „Euroland“ dürfte in vielerlei Hinsicht das Aktivitätsspektrum seiner Politiker absorbieren, obgleich eine größere weltpolitische Aufmerksamkeit Europas dringend erforderlich wäre, um den Globalisierungsprozeß sinnvoll zu bewältigen³². Auch hier wird die Erwartung geweckt, daß Amerika diese Aufgabe schultert. Niemand kann sagen, wie sich der Euro weiter entwickeln, wie er aufgenom-

men und wie er sich stabilitätspolitisch behaupten wird³³. Doch die Kehrseite der Euro-Medaille dürfte zunächst jedenfalls die latente Strapazierung der atlantischen Beziehungen sein. Der Euro hat auch seinen politischen Preis. Deshalb müßte zu einem realpolitischen Konzept der EU gehören, daß sie ein längerfristig angelegtes *Nach-Euro-Szenario* entwickelt und für den Fall der Fälle bereithält³⁴, getreu dem Satz von Kardinal de Bernis: „Man muß mit allem rechnen, darf aber nicht alles befürchten.“ Niemand kann wollen, den einmal beschlossenen Euro kurzfristig zur Disposition zu stellen. Andererseits ist die europäische Integration so wertvoll, daß sie nicht für alle Zeiten irreversibel von Turbulenzen eines Währungsprojektes abhängig gemacht werden darf. Im Zweifel wäre es wichtiger, den transatlantischen Zusammenhang zu pflegen. Im übrigen sollten die wieder von Berlin aus regierenden Deutschen ihrerseits nicht eine multipolare Weltordnung betreiben³⁵. Deutschland (West) war über fünf Jahrzehnte an der Seite der USA bestens aufgehoben. Dieses Vertrauenskapital bildet nach wie vor die wichtigste Währung der Deutschen.

31 Vgl. Heinz Brill, Politische Geographie – Geopolitik – Geostrategie, in: Österreichische Militär Zeitschrift, (1983) 3, S. 235 ff.; Friedrich Korkisch, Geopolitik – Geostrategie – Geoökonomie, in: ebd., (1987) 1, S. 18–27; Konrad Seitz, Die neue Welt der Geo-Ökonomie: Das globale Ringen um die technologische Vorherrschaft, in: Karl Kaiser/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die neue Weltpolitik, Baden-Baden 1995, S. 247.

32 Neben unvermeidlichen Globalisierungstendenzen gibt es solche, deren Abwehr naheliegt, wie das bei Fehlentwicklungen in der kapitalistischen Epoche immer wieder nötig war. So schreibt Denis Duclos, Internationale Hyperbourgeoisie, in: Le Monde Diplomatique vom August 1998: „Wenn die kapitalistische Politik Leute, die die Kapitalzirkulation anheizen, höher bewertet als diejenigen, die Werte schaffen, orientiert sich das Ranking nicht mehr an der produktiven, sondern an der kapitalanlegenden Bourgeoisie.“

33 Vgl. die kritische Analyse des Kölner Ökonomen Christian Watrin, Es droht eine Wende zum politischen Geld. Über die Aufgaben der Europäischen Zentralbank gibt es verschiedene Ansichten, in: Deutsche Tagespost vom 11. 4. 1998, S. 15.

34 Nicht nur die EU, auch Deutschland wird zu Realismus aufgefordert, so von Robert B. Zoellick, Abschied von der Selbstbeschränkung. Deutsche Außenpolitik aus der Sicht der USA, in: Internationale Politik, 53 (1998) 12. Jedenfalls sollte alle politisch Handelnden darauf bedacht sein, besser als im Herbst 1989 auf unerwartete Ereignisse vorbereitet zu sein.

35 Aus Gründen befürchteter erneuter deutscher Überheblichkeit, die von Berlin ausgehen könnte, erhebt Gunther Hellmann Einwände gegen die von ihm auch bei der regierenden Linken festgestellte angebliche „nationale Normalitätssehnsucht“. Gunther Hellmann, Nationale Normalität als Zukunft? Zur Außenpolitik der Berliner Republik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1999) 7, S. 837–847, hier S. 846.

Helga Haftendorn: Der gütige Hegemon und die unsichere Mittelmacht: deutsch-amerikanische Beziehungen im Wandel

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/99, S. 3–11

In dem Beitrag wird die These aufgestellt, daß sich die Art der deutsch-amerikanischen Beziehungen aus der Beziehungsstruktur – und damit aus den Macht- und Abhängigkeitsverhältnissen – zwischen beiden Staaten ergibt. Ebenso, wie sich diese seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewandelt haben, veränderte sich auch der Charakter der Beziehungen. Ein großer Einschnitt war das Ende des Ost-West-Konflikts und die deutsche Vereinigung. Daraus ergibt sich die Frage nach der gegenwärtigen Struktur der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Sie bestimmt die Prozesse, mit denen Lösungen für aktuelle multilaterale und bilaterale Probleme gesucht werden. Die Problemlösung bereitet gegenwärtig gelegentlich Schwierigkeiten, weil beide Staaten noch nicht zu einer einvernehmlichen Beziehungsstruktur gefunden haben. Diese reicht – mit allen daraus entstehenden Problemen – vom Anspruch auf eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen einer „gütigen Führungsmacht“ und einer „großen Mittelmacht“ bis zum Abhängigkeits- und Respektverhältnis zwischen einer „hegemonialen Weltmacht“ und einem „Vasallen und Tributpflichtigen“.

Zum Glück gibt es gegenwärtig aber wenig offene Fragen in den bilateralen Beziehungen, die einer raschen Lösung bedürfen. Schwieriger zu lösen sind eine Reihe multilateraler Probleme, die außer Deutschland auch seine Partner in der Europäischen Union betreffen. Dies gilt zunächst für einige Handelskonflikte, bei denen sich beide Seiten gegenseitig unfaire Praktiken vorwerfen. Obwohl die USA den Prozeß der europäischen Integration in der Vergangenheit politisch unterstützt haben, sind künftig Konflikte dann nicht ausgeschlossen, wenn die Europäische Union nicht nur an Wirtschaftsmacht, sondern auch an politischem Gewicht gewinnt. Zu einem wesentlichen Problem wird die transatlantische Zusammenarbeit jedoch dann, wenn die Europäer Rechte und Verantwortlichkeiten beanspruchen, ohne zu entsprechenden Leistungen bereit zu sein – oder wenn ihre Initiativen amerikanischen Interessen zuwiderlaufen.

Hans Schauer: Europa und Amerika – Rivalen oder Partner?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29–30/99 S. 12–21

Die transatlantischen Beziehungen sind in letzter Zeit besonders von europäischer Seite in die Kritik geraten. Einer der Gründe ist das Streben der Europäischen Union (EU) nach größerer außen- und sicherheitspolitischer Eigenständigkeit. Es lohnt deshalb, der Frage nachzugehen, inwieweit diese Bestrebungen der EU realisierbar sind und ob sie im wohlverstandenen Interesse Europas liegen.

Die EU, die neben den Nationalstaaten das aktuelle Gegenüber der USA bildet, hat einerseits ihrem Wirtschaftsraum wichtige wirtschaftliche Impulse verliehen und die europäischen Völker näher zusammengeführt. Andererseits stellte sich wegen der zunehmenden Komplexität ihrer organisatorischen Struktur und der unzureichenden demokratischen Legitimierung ihrer Rechtssetzungsakte eine Nähe zum Bürger jedoch kaum ein. Auch hinderte die Vielfalt der nationalen Traditionen und Interessen eine effektive Zusammenarbeit auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet.

Auf der anderen Seite des Atlantik steht die Großmacht USA, die durch ihre individuelle ideengeschichtliche Entwicklung von beachtlichem Selbstbewußtsein, einem starken Führungswillen und als Nation von einem großen Zusammengehörigkeitsgefühl geprägt ist.

Die Schwerpunkte der dichten transatlantischen Beziehungen liegen auf wirtschaftlichem, außen- und sicherheitspolitischem Gebiet. Die wirtschaftliche Verflechtung ist eng, wenn auch nicht problemlos. Die außenpolitische Abstimmung bereitet gelegentlich Schwierigkeiten, was an beiden Seiten liegt, vor allem aber am Mangel einer koordinierten europäischen Außenpolitik. Defizite treten auch in der an sich im Rahmen der Allianz gut organisierten sicherheitspolitischen Kooperation auf, weil die europäischen NATO-Mitglieder ihren Verpflichtungen zur Lastenteilung im Bündnis seit Jahren immer weniger gerecht werden.

So richtig es ist, daß die EU ein stärkeres außen- und sicherheitspolitisches Profil sucht – sie sollte es nicht in Rivalität zu den USA und auf Kosten der transatlantischen Gemeinsamkeit tun. Weder reichen dazu ihre Kräfte, noch läge es in ihrem Interesse. Sie braucht den Partner USA.

Tilman Mayer: Konfliktlinien in der Atlantischen Allianz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29-30/99 S. 22-29

Deutschland manövrierte sich im 20. Jahrhundert zweimal in die internationale Isolation und reagiert deshalb besonders sensibel auf Störungen im transatlantischen Verhältnis. Die USA haben Deutschland mehr als andere Mächte nach dem Krieg und besonders 1989/90 unterstützt. Deshalb liegt ein deutsches Interesse darin, die USA in Europa präsent zu halten, um jeglichen innereuropäischen Gegensätzen die Möglichkeit zur Entfaltung zu entziehen. Zur erwähnten Sensibilität gehört es auch, das transatlantische Beziehungsgeflecht auf Spannungsmomente hin zu befragen.

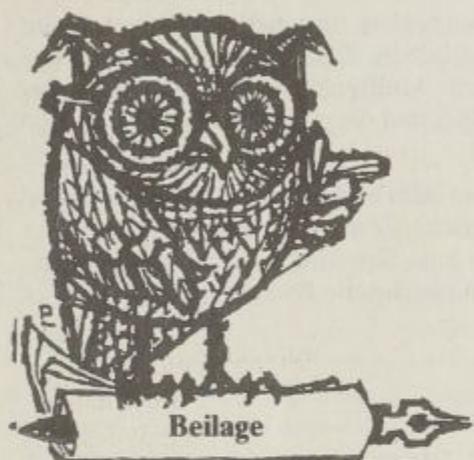
Mittels der eher im Ausland zunehmenden Anwendung geopolitischer Argumentationsmuster wird auf den *partnerschaftlichen* Charakter der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit verwiesen. Besonders aufmerksam registriert werden deshalb Thesen zur Multipolarisierung der Welt, zum multilateralen Charakter des Verhältnisses Europas zu den USA und die politischen Konnotationen der Schaffung eines sogenannten Eurolandes.

Deutschland kann sich vor diesem Hintergrund nicht allein mit dem europäischen Integrationismus befassen, sondern hat auch die Aufgabe, für den transatlantischen Zusammenhalt zu sorgen. Der Beitrag begründet, daß bei dieser außenpolitischen Aktivität eine Sowohl-als-auch-Haltung einzunehmen zwar naheliegt, aber eher als harmonistische denn als realistische Position beurteilt werden müßte.

Jahresbände

Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem
Inhaltsverzeichnis
Sach- und Personenregister



25,- DM

Jahrgang 1998

Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.): Jahrgänge 1992 - 1997



Bundeszentrale
für politische
Bildung

Bestell-
Adresse:

Das Parlament,
Fleischstraße 62-65,
Telefax (06 51) 97 99-153

Vertriebsabteilung
54290 Trier